



Finanzkrise



Schulden

KREDITKLEMMME

Jetzt liegt es an den Banken



Sicherheit

POLITIK

**Interview mit
Horst Seehofer**

WIRTSCHAFT

**Zurück zur Sozialen
Marktwirtschaft**

UNTERNEHMEN

**Website bauen
leicht gemacht**

Wenn Sie wissen wollen, was auf Sylt los ist!



ADRESSEN TER
TIPPS SCHLEM
SURF-LEGENDE
KURTAXE MUS
SHUTTLE SERV
FRAU AN SEIN
FÜHRUNGEN
DÜNENLEBEN
ESSEN & TRIP
INSEL-CIRCU
SPITZENKÖC
STEINE AUS
HUNDEURLA
TOP TEN AU
WANDERUN
BEAUTY UN
KINDERHEI
PREISE UN
HORIZONTE
URLAUB FÜ
FREUDENT
SCHLAUES
MENSCHEN

ERANSTALTUNGEN
SINFOS GOURMET
IN DER ESSKLASSE
UND LEUTE KARTEN
SEIN TRAUM-BILDER
VH KULINARISCHES
KINDER-PARADIES
ALTUNGS-TERMINE
DE WOCHENENDE
10 BESTEN BARS
NACHTSCHWÄRMER
RESTAURANTS VON
GOURMET REZEPTE
TRITT ÜBER DIE INSEL
ALLE LAUFSTRECKEN
LINES NACHTLEBEN
EITEN NORDSEE-QUIZ
HOTELS SEEHUNDE
UND KÖRPERPFLEGE
TEN-TISCHGESPRÄCHE
BAR WEINE EIN OBER-
N EXTRA POSTKARTEN
EMIL NOLDE NORDSEE

Ich bestelle die insel 2009

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich lege 9,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

... alles in die insel

die insel

Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

E-Mail: die.insel@t-online.de



Designerbrillen

20% Rabatt auf über 40 Top-Marken Bei Mister Spex können Sie Ihre Sonnenbrille aus über 1.400 Modellen bekannter Marken, wie Ray-Ban, Prada, Oakley, Ed Hardy, Tom Ford, Lacoste, Dolce & Gabbana oder Vogue auswählen. Alle Modelle sind sofort verfügbar & versandkostenfrei.



Nachlass 20 % Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen
Kreisverband der MIT unter
www.mit-virtuell.de.

STAATSHILFEN – KEIN ENDE IN SICHT?

Angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mehren sich heute die Rufe nach einem starken Staat. Er soll Halt geben in einer Zeit, in der die Menschen mit erhöhter Unsicherheit konfrontiert sind. Für uns als politische Interessenvertretung des Mittelstands und das ordnungspolitische Gewissen innerhalb der Union läuten bei diesen Rufen nach mehr Staat die Alarmglocken. Natürlich brauchen wir verlässliche



Barbara Ahrons ist wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU in der Hamburger Bürgerschaft und stellv. Bundesvorsitzende der MIT.

Regeln und staatliche Rahmenbedingungen, die Halt und Zuversicht geben. Dazu gehört das klare Bekenntnis zu Wettbewerb und offenen Märkten sowie zu Privateigentum und Vertragsfreiheit.

Vielmehr ist es erforderlich, gerade in Krisenzeiten auf die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft, einen freien Wettbewerb, die Innovationskraft von Unternehmen sowie die Verantwortung jedes Einzelnen zu vertrauen. Der Staat darf daher nicht auf kurzfristige Strohfeuer, Staatsprogramme und wettbewerbsverzerrende Subventionen setzen, sondern muss bestehende Barrieren zu Gunsten von mehr Beschäftigung und Wachstum abbauen. Denn es ist nicht der Staat, der den Aufschwung aus der Krise und neue Arbeitsplätze schafft. Dies liegt einzig in den Händen der Unternehmen, des Mittelstands und der arbeitenden Bevölkerung in unserem Land.

So ist das Eingreifen des Staates beim Automobilhersteller Opel oder bei Arcandor ordnungspolitisch nur schwer nachzuvollziehen. Ob die Voraussetzungen für staatliche Hilfen in diesen Fällen gegeben sind, darf zumindest bezweifelt werden. Bei beiden Unternehmen hatte die wirtschaftliche Schiefelage bereits lange vor der Finanzkrise begonnen. Die Forderung des Bundeswirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg nach mehr Kontinuität und Glaubwürdigkeit

der Wirtschaftspolitik ist vor diesem Hintergrund nur zu unterstützen. Statt Steuermittel für die vermeintliche Rettung von Großunternehmen zu gewähren, sind vielmehr einheitliche, ordnungspolitische Kriterien erforderlich, die für alle Unternehmen unabhängig von ihrer Bekanntheit, ihrer Größe und der medialen Berichterstattung gelten müssen.

Ohne verlässliche ordnungspolitische Kriterien laufen wir Gefahr, dass staatliche Maßnahmen zu wettbewerbsverzerrenden Eingriffen führen. Und in diesen Zeiten treibt mich eines ganz besonders um: über die durch Großunternehmen beantragten Staatshilfen verschwindet der kleine Mittelständler völlig aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Dabei sind es gerade die kleineren und mittleren Unternehmen, die die Stärke unserer Sozialen Marktwirtschaft ausmachen. Die KMU stützen unsere Wirtschaft auch in Krisenzeiten. Sie sind bereit, Besonderes zu leisten und fühlen sich mit ihrem Privatvermögen für den Fortbestand ihres Betriebes und die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter verantwortlich. Sie gehen an die eigene Substanz, um Arbeitsplätze, Produkte und Marktpositionen auch in schwierigen Zeiten nicht zu verlieren.

Wir werden nur gestärkt aus der Krise herauskommen, wenn unser Schwerpunkt heißt: Politik für einen starken Mittelstand. Um die Krise erfolgreich zu überwinden, wird uns weder die Einzelrettungen von Großunternehmen noch die Förderung einzelner ausgesuchter Branchen helfen. Vielmehr müssen endlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die allen - den kleinen und mittleren Unternehmen ebenso wie der arbeitenden Bevölkerung - zu Gute kommen. Der Kurs kann daher nur lauten, Mittelstand und Verbraucher insgesamt durch niedrigere Abgaben und Steuern sowie weniger Bürokratie zu entlasten.

Die Seite-4-Karikatur



„KREDITKLEMMME? WELCHE KREDITKLEMMME?“

Weisheiten

Schlägt ein anderer uns um Längen, neigt man dazu, das zu verdrängen.

Man kann durch ständiges Taktieren den Blick fürs Wichtige verlieren.

Handeln heißt auch: Mut zu fassen – und die andren reden lassen.

Handeln ist schon deshalb gut, weil man merkt, dass man was tut.

Es zählt nicht nur das Endergebnis, war der Weg schon ein Erlebnis.

Bosheiten

Die Lücke zwischen Sein und Sollen schließt allemal aktives Wollen.

Führungsstil war immer schon Stimmigkeit mit der Person.

Ist die Führung diktatorisch, stimmt das die wenigsten euphorisch.

Nichts erklären, viel befehlen, das schmeckt Autokratenseelen!

Die Mannschaft lässt es unberührt, wenn einer, der's nicht kann, sie führt.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, „Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“



ENTFALTEN SIE STÄRKE IN ZEITEN DER KRISE: MIT WEITERBILDUNG!

BEFLÜGELN SIE IHRE MITARBEITER UND IHR UNTERNEHMEN: Bilden Sie weiter! Gerade jetzt haben auch kleinere und mittlere Betriebe die Möglichkeit, ihre Arbeitnehmer zu qualifizieren – und wir unterstützen Sie dabei mit neuen Fördermöglichkeiten. Damit Sie direkt durchstarten, wenn es wieder aufwärtsgeht.

Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem persönlichen Ansprechpartner im Arbeitgeber-Service. Oder unter der bundesweiten Servicrufnummer **01801 66 44 66*** sowie auf **www.arbeitsagentur.de**

*Festnetzpreis 3,9 ct/min; Mobilfunkpreise abweichend.

WEITER DURCH BILDUNG.



Bundesagentur für Arbeit

„Jeder Einzelne verdient Aufmerksamkeit, Mitgefühl und Respekt. Weltweit. Wie in einem großen Orchester.“

Justus Frantz, Dirigent

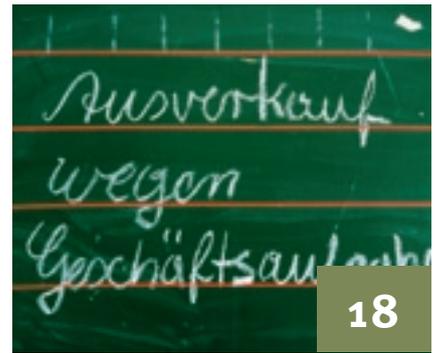
Machen Sie mit!
www.misereor50.de



50 MISEREOR
 • IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit
 an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
 Pax Bank · BLZ 370 601 93

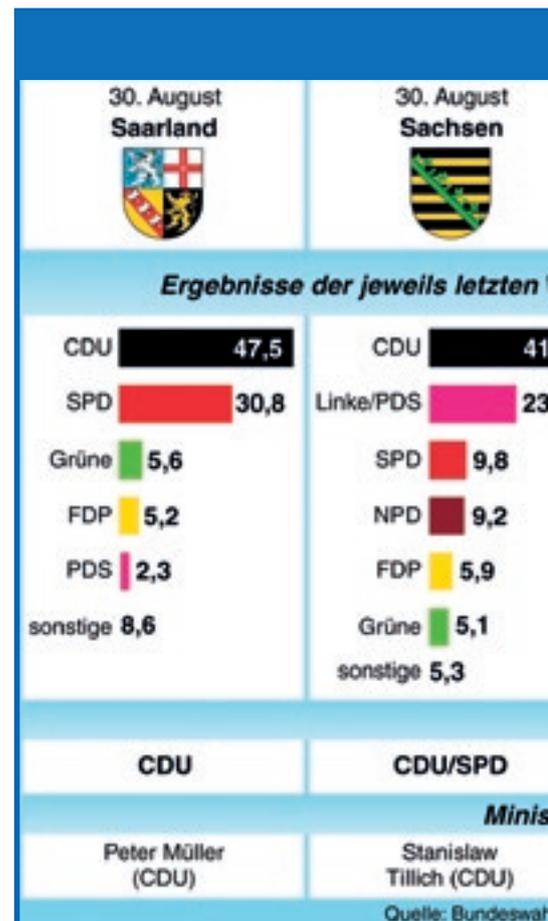


POLITIK

- 3 Editorial**
 Barbara Ahrons äußert Bedenken zu den jüngsten Stützungsaktionen von Großkonzernen
- 4 Karikatur und Kurzweiliges**
- 8 Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft**
 Das Regierungsprogramm von CDU und CSU trägt deutlich marktwirtschaftliche Züge und legt ein Bekenntnis zum Mittelstand und zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung nach der Wahl ab
- 12 Interview mit Horst Seehofer**
 Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende äußert sich zu den Wahlaussichten, zu Steuersenkungen und dazu, wie die Union die Fehler der großen Koalition beseitigen möchte
- 16 Und wieder blökt der Neidhammel**
 In einer seiner letzten Sitzungen hat der Bundestag auf Betreiben von Finanzminister Steinbrück neue Maßnahmen beschlossen, um „Steuerschlupflöcher“ zu schließen

WIRTSCHAFT

- 18 Unternehmensfinanzierung**
 Es ist schwieriger geworden für Mittelständler, von Banken Geld zu bekommen. Sie parken lieber die EZB-Milliarden auf Konten im Ausland statt die Zinsen und Konditionen im Inland zu verbessern





25



32

UNTERNEHMEN

- 24 Wie gestalte ich meine Firmen-Website?**
Neue Software-Angebote vereinfachen die Website-Gestaltung.
- 25 Einfach, schnell und kabellos: WLAN**
Mit WLAN ist das Surfen im Internet bequem und unkompliziert, doch lauern dabei Gefahren. Ein paar Sicherheitsregeln sollte man beachten.
- 26 Unsere neue Serie: Die 5 häufigsten Fehler**
Teil 1: Erfolgsfaktoren der Pressearbeit im Unternehmen

MIT-INSIDE

- 28 MIT- und MU-Inside**
- 30 Namen sind Nachrichten**
- 32 60 Jahre Mittelstands-Union**
- 34 Baustelle Berlin**
- 34 Impressum**



INSELLEBEN – MIT SEELUFT, SONNE, STRAND UND MEHR.

Wenningstedt – ein Ort mit typischem Sylter Flair. Hier findet der Gast, auf der Suche nach exklusivem Ambiente mit Seeluft, eine Oase der Ruhe und Erholung: das Lindner Hotel Windrose. Nur wenige Schritte entfernt lädt der Strand zum Spaziergehen, Wellenbaden oder einfach nur zum Faulenzen im Strandkorb ein. Die Hotelküche für höchste Ansprüche und der attraktive Freizeit- und Wellnessbereich – das alles macht den Urlaub zum Genuss auf einer Insel, wie es keine Zweite gibt: Sylt.

Strandstraße 19
D-25996 Wenningstedt/Sylt
Telefon +49-(0)4651-940-0
Telefax +49-(0)4651-940-875
info.windrose@lindner.de
www.lindner.de



JETZT AUCH IN HAMBURG – LINDNER HOTEL AM MICHEL
WWW.LINDNER.DE/DE/LHH



DAS WAHLJAHR 2009

30. August Thüringen	27. September Brandenburg	27. September Bundestag
Wahl in Prozent		
<ul style="list-style-type: none"> CDU 43,0 PDS 26,1 SPD 14,5 Grüne 4,5 FDP 3,6 sonstige 8,3 	<ul style="list-style-type: none"> SPD 31,9 PDS 28,0 CDU 19,4 DVU 6,1 Grüne 3,6 FDP 3,3 sonstige 7,7 	<ul style="list-style-type: none"> CDU/CSU 35,2 SPD 34,2 FDP 9,8 Linke 8,7 Grüne 8,1 sonstige 3,9
Regierung		
CDU	SPD/CDU	CDU/SPD
Interpräsident		Bundeskanzlerin
Dieter Althaus (CDU)	Matthias Platzeck (SPD)	Angela Merkel (CDU)
<small>Leiter, Landeswahlleiter, Forschungsgruppe Wahlen, www.wahlrecht.de</small>		
<small>© Globus 2463</small>		



In der Sache vereint und entschlossen, nach der Bundestagswahl am 27. September eine Mehrheit aus Union und FDP bilden zu können: **Angela Merkel und Horst Seehofer.**

Gestärkt aus der Krise und zurück auf den Wachstumspfad

CDU und CSU haben ihr gemeinsames Regierungsprogramm für die Bundestagswahl verabschiedet. Nun liegen die Angebote aller Parteien für den 27. September auf dem Tisch. Die Union setzt auf die Stärken der Sozialen Marktwirtschaft und eine Politik für Leistungsträger.

„Wir haben die Kraft, unser Land aus dieser Krise zu führen und es stärker zu machen, als es vorher gewesen ist.“ – Das war die Kernbotschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Präsentation des einstimmig verabschiedeten Wahlprogramms der Unionsschwesterparteien Ende Juni in Berlin. Im Mittelpunkt der Vorstellungen von Christdemokraten und Christsozialen für die nächste Legislaturperiode von 2009 bis 2013 steht eine pointierte Agenda für nachhaltiges Wachstum und einen neuen Aufschwung.

Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft

Dabei setzen CDU und CSU auf eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist das Ordnungsmodell, das Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg trotz schwierigster Ausgangsbedingungen stark gemacht hat. Der größten globalen ökonomischen Krise und tiefsten heimischen Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik setzen die C-Parteien deshalb eine klare Rückbesinnung auf die erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Ludwig Erhards entgegen: Fairer Wettbewerb, klare Regeln, Eigentumsschutz, mehr Leistungsgerechtigkeit und Eigenverantwortung, marktwirtschaftliche Lösungen auch in den Bereichen des Umwelt- und Verbraucherschutzes, eine Stärkung der Tarifautonomie sowie die

Orientierung unternehmerischen Handelns an den Prinzipien des „ehrbaren Kaufmanns“ sind die entscheidenden Schlagworte, die sich als roter Faden durch das 63 Seiten dicke Angebot an die Wähler ziehen.

Lektionen aus der Finanzkrise

Die Verwirklichung einer stringenten Ordnungspolitik lautet darum auch das Patentrezept der Union zum Meistern der aktuellen Krise. Die massiven Interventionen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und die milliardenschweren Konjunkturpakete zur Stützung der Realwirtschaft dürften nicht den Irrglauben nähren, der Staat sei der bessere Unternehmer, heißt es deshalb warnend. Im Gegenteil: Staatswirtschaft schaffe weder Wohlstand noch Arbeitsplätze, sondern nimmt den Menschen die Freiheit. Aus diesem Grund soll die derzeitige dramatische Schieflage der öffentlichen Kassen durch eine dauerhafte Reformpolitik mit langem Atem schnellstmöglich korrigiert werden. Hierzu gehört nicht nur ein klares Bekenntnis zur neuen Schul-

denbremse im Grundgesetz und dem EU-Stabilitätspakt, sondern auch das unpopuläre Versprechen, die Aufgaben des Staates auf den Prüfstand zu stellen. Wie notwendig letzteres ist, zeigt ein Blick auf die Staatsquote. 2008 sank sie unter 44 Prozent. Sie war kleiner als in Großbritannien und so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. In diesem und im nächsten Jahr droht sie aufgrund der Konjunkturmaßnahmen auf 49 Prozent zu steigen. Das bedeutet, dass fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung durch die Hände des Staates fließt. Helmut Kohl hat einmal bemerkt, bei 50 Prozent beginne der Sozialismus.

Konsolidieren, investieren und entlasten...

... mit diesem Dreiklang aus Schuldenabbau, Investitionen in Bildung und Innovationen sowie einer effektiven Entlastung von Bürgern und Betrieben bringt die Union ihre Formel für das Entfachen eines nachhaltigen Wachstumskurses auf den Punkt. Künftige Steuermehreinnahmen will man zu gleichen Teilen für diese drei Ziele verwenden. Vor allem mit dem Versprechen, Steuern nicht zu erhöhen, sondern im Gegenteil zu senken, schwimmen CDU und CSU gegen den Strom jener bequemen Logik, man könne der Rekordverschuldung nur mit einer Rekordsteuerlast begegnen. Dabei spricht in der gegenwärtigen Situation ein starkes, unwiderlegbares Argument für das bürgerliche Lager. Größere Herausforderungen sind nur zu meistern, wenn die eigene Initiative der Menschen freigesetzt wird. Wer kann sich einen Aufschwung in Deutschland vorstellen, der nicht auf die Tatkraft von Unternehmern und Arbeitnehmern gebaut ist, sondern auf staatlichen Programmen I, II, III...? Außerdem: Nur wenn die Wirtschaft wächst, können die Haushalte wieder ins Lot kommen. Ein Prozent Wachstum generiert bis zu 10 Mrd. Euro für den Fiskus und senkt die Sozialausgaben um 5 Milliarden. Wer hingegen mit neuen Steuern versucht, der Krise immer weiter hinterher zu finanzieren, würde nur einen Teufelskreis aus erlahmender Wirtschaftsdynamik und teuren Ersatzhandlungen eröffnen.

Politik für Leistungsträger und Mittelstand

Die Alternative ist eine konsequente Politik für Leistungsträger. Mehr netto für alle statt platter sozialdemokratischer Umverteilung von oben nach unten, heißt die Devise der Union. Entsprechend will man der Einkommensteuer endlich den sogenannten Mittelstandsbau abtrainieren. Der künftige Tarif soll bei mittleren Gehältern flacher verlaufen, indem der Spitzensteuersatz von unverändert 42 Prozent erst bei 60.000 Euro greift und der Eingangssatz schrittweise von heute 14 auf 12 Prozent sinkt. Durch ein reales Familiensplitting wird der Grundfreibetrag für Kinder auf 8.004 Euro – also wie für Erwachsene – angehoben. Mit diesen Maßnahmen gegen die „kalte Progression“ können Lohnsteigerungen wieder stärker im Portemonnaie der Bürger und nicht nur beim Finanzamt landen.

In die Reparaturwerkstatt kommen zudem die Kompromisse der großen Koalition zur Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform. Viele Details beider Gesetze, etwa die Gewerbesteuerhinzurechnung oder die komplizierten Verschonungsregeln für Firmenerben, erweisen sich nämlich als wenig praxistauglich bzw. wirken im Abschwung krisenverschärfend. Auch bei der privaten Altersvorsorge für Arbeitnehmer und Selbstständige, der Mobilisierung von Chancenkaptal sowie bei betrieblichen F&E-Aufwendungen sollen steuerliche Erleichterungen geprüft werden. Darüber hinaus haben sich CDU/CSU eine strukturelle Neuordnung des unübersichtlichen Katalogs reduzierter Mehrwertsteuersätze auf die Fahnen geschrieben. Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe profitieren außerdem durch das Versprechen stabiler Lohnzusatzkosten, verstärkte Anstrengungen beim Bürokratieabbau, die Optimierung öffentlicher Förderprogramme, höhere Bildungsanstrengungen in Schule und Beruf oder die aktive Einbindung kleiner und mittlerer Betriebe in Leuchtturm-Zukunftsprojekte wie Umwelttechnik, Gesundheitsforschung, Elektromobilität oder neue Werkstoffe.

kss

Gemeinsame Forderungen von MIT und CDA zur Bundestagswahl (Auszug)

1. Steuersystem reformieren

Unser Steuersystem muss einfach, niedrig und gerecht ausgestaltet sein. Die kalte Progression muss abgebaut werden. Die krisenverschärfenden Elemente aus der Unternehmensteuerreform 2008 müssen abgeschafft werden.

2. Arbeitsrecht transparent machen

Für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber muss ein einfaches, transparentes und berechenbares Arbeitsrecht im Innen- und Außenverhältnis geschaffen werden.

3. Arbeit schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten

Einen staatlich festgesetzten Mindestlohn lehnen wir entschieden ab. Eine Kombination aus Lohn und Transferleistungen kann für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern das Mindesteinkommen sichern. Das ALG II muss bedarfsabhängig bleiben.

4. Sozialsysteme zukunftsfest ausgestalten

Die Einführung kapitalgedeckter Elemente war richtig und muss gestärkt werden. Wir fordern ein Gesundheitswesen, das nicht zentral und planwirtschaftlich, sondern dezentral und marktwirtschaftlich organisiert ist. Die Rentenformel soll im Kern nicht angefasst werden.

5. Schuldenbremse und Schuldenabbau

Es muss eine konsequente Schuldenbremse eingeführt werden.

6. Entlastung durch Deregulierung

Das gesamte deutsche Regelwerk muss umfassend und zeitnah entbürokratisiert werden. Das von der Bundesregierung bis 2011 festgelegte Bürokratie-Abbauziel von 25 Prozent ist als Nettoziel zu verankern.

WIR HABEN DIE KRAFT – GEMEINSAM FÜR UNSER LAND

MITTELSTANDSRELEVANTE FORDERUNGEN IM REGIERUNGSPROGRAMM VON CDU UND CSU

- ▶ Klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und Absage an Staatswirtschaft
- ▶ Entlastung von Bürgern und Betrieben durch eine Einkommensteuerreform sowie eine deutliche Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens
- ▶ Eindeutige Absage an Steuererhöhungen nach der Bundestagswahl
- ▶ Korrekturen von Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform
- ▶ Strukturelle Überprüfung des Katalogs der Mehrwertsteuersätze
- ▶ Flexiblere Gestaltung der steuerlichen Förderung privater Altersvorsorge
- ▶ Ausbau der Forschungsförderung inklusive steuerlicher F&E-Förderung
- ▶ Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkaptal
- ▶ Konsequente Fortsetzung des Bürokratieabbaus
- ▶ Stärkung der Tarifautonomie, keine Verstaatlichung der Lohnfindung
- ▶ Ablehnung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns, stattdessen Mindesteinkommen als Kombination aus Lohn und staatlichen Ersatzleistungen
- ▶ Erhalt der Minijobs
- ▶ Fortsetzung des Nationalen Ausbildungspaktes mit der Wirtschaft
- ▶ Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf u.a. durch Ausbau des Betreuungsangebotes
- ▶ Stabile Lohnzusatzkosten, u.a. durch Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in den Sozialsystemen
- ▶ Keine Aufweichung der Rente mit 67, keine Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung
- ▶ Mittelstandfreundliche Rahmenbedingungen für die öffentliche Auftragsvergabe
- ▶ Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“
- ▶ Verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen
- ▶ Stärkung des Meisterprinzips im Handwerk
- ▶ Kostengünstigerer Zugang des Mittelstands zum europäischen Patentsystem
- ▶ Freie Heilberufe und eigentümergeführte Apotheken als tragende Säulen des Gesundheitssystems
- ▶ Bekenntnis zur leistungsfähigen privaten Krankenversicherung
- ▶ Verhinderung einer Kreditklemme im Mittelstand, Überprüfung von Basel II auf seine prozyklische Wirkung
- ▶ Breiter Energiemix, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise, Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke
- ▶ „Effizienzstrategie Mittelstand“ (Stärkung der Energiekompetenz in kleinen und mittleren Betrieben durch Beratung sowie zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse bei Effizienzmaßnahmen)

kss

WWW.REGIERUNGSPROGRAMM.DE

Schulterschluss von Arbeitnehmer- und Wirtschaftsflügel der Union

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat mit der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) ein gemeinsames Positionspapier zum Bundestagswahlkampf 2009 verfasst. Nach Auffassung beider Vereinigungen müssen die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen und die Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt der Politik stehen. Bei der Bundestagswahl geht es darum, die Soziale Marktwirtschaft und ihre Grundprinzipien zu bewahren. Nach Auffassung von CDA und MIT sind die Wähler in diesem Jahr gefordert, der Sozialen Marktwirtschaft den Rücken zu stärken, damit Deutschland die aktuelle Krise meistert, einen neuen Aufschwung einleitet und gestärkt in eine Phase von mehr Beschäftigung und höherem Wachstum einlenken kann. Beide Vereinigungen zeigten sich zufrieden, dass die gemeinsamen Kernforderungen Eingang in das Regierungsprogramm von CDU/CSU gefunden haben. Das gemeinsame Positionspapier von CDA und MIT kann unter www.mittelstand-deutschland.de abgerufen werden. *aj*

MITTELSTAND STEHT ZUM REGIERUNGSPROGRAMM

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann war an der Erarbeitung des Regierungsprogramms als Mitglied der vorbereitenden Kommission maßgeblich beteiligt. Er beurteilt das Programm so: „Wesentliche Punkte sind das klare Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, der ordnungspolitische Ansatz, eine klare Aussage für eine schwarz-gelbe Koalition, die Senkung des Einkommensteuersatzes, die Abmilderung der kalten Progression und eine deutliche Aussage gegen Steuererhöhungen. Mit dieser Schwerpunktsetzung wurden die wesentlichen Forderungen der MIT aufgenommen und der Mittelstand sowie die arbeitende Bevölkerung in den Fokus des Regierungsprogramms gestellt. Die MIT begrüßt, dass die Union nicht als Steuererhöhungs- sondern als Steuersenkungspartei in den Wahlkampf zieht. Dies ist ein wichtiges Signal für die bürgerliche Mitte in Deutschland.“ *aj*



Sie haben gut lachen und sind mit dem Regierungsprogramm der Union zufrieden: **MIT-Vorsitzender Josef Schlarmann (links) und der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer**



Immer mehr Kunden vertrauen uns

Mit unserer Allfinanzstrategie sind wir seit über 30 Jahren erfolgreich. In dieser Zeit haben wir kontinuierlich neue Kunden gewonnen. Denn unsere Leistung überzeugt.

Wir bieten Ihnen persönliche Lösungen mit individuellen Produkten – rund um die Themen:

Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Baufinanzierung, Geldanlagen und Versicherungen.

Nutzen Sie Kompetenz und Erfahrung von über 37.000 Vermögensberatern für Ihren Lebensweg und Ihre Zukunft. Wie 5 Millionen zufriedene Kunden mit Ihnen.

*Früher an
Später denken!*



**Deutsche
Vermögensberatung**

Weitere Informationen unter:
www.dvag.com



Horst Seehofer hat mit seiner CSU an einigen Stellen das gemeinsame Regierungsprogramm der Union etwas pointierter gestaltet. Aus Sicht des Mittelstandes sehr begrüßenswert.

Seit der Europawahl wirkt die CSU spürbar gelassener. Gibt es dafür einen Grund?

„Wir müssen die Steuern senken“

INTERVIEW MIT DEM CSU-VORSITZENDEN UND
BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN HORST SEEHOFER

Horst Seehofer: Das Ergebnis hat gut getan, keine Frage. Die Wahl hat aber auch gezeigt, wie wichtig das gute Abschneiden der CSU für die Union insgesamt ist. Doch wir sind deswegen nicht übermütig geworden. Die Wahlurnen nach der Europawahl sind geleert. Für die Bundestagswahl kommt es darauf an, die Wähler wieder zu mobilisieren. Dafür müssen wir uns noch mehr ins Zeug legen als bisher.



Wir brauchen eine geschlossene Mannschaftsleistung von CDU und CSU.

CDU und CSU haben in demonstrativer Geschlossenheit ein gemeinsames Regierungsprogramm verabschiedet. Was sind die Schwerpunkte?

Seehofer: Die Wirtschaftskrise zeigt, dass der pure ungezügelter Kapitalismus gescheitert ist, genauso wie der Sozialismus schon vor zwanzig Jahren gescheitert war. Dem setzen wir die Soziale Marktwirtschaft entgegen. Mit dieser wertgebundenen Wirtschafts-Ordnung ist

Deutschland stark geworden, weil Leistungsträger belohnt und Schwache geschützt, nicht gegeneinander ausgespielt werden. CDU und CSU stehen für diese Soziale Marktwirtschaft wie keine andere Partei. Deswegen haben wir ein Regierungsprogramm geschrieben, mit dem wir die Soziale Marktwirtschaft stärken und das Land verantwortungsvoll aus

„Der Bundestagswahlkampf wird kein Stimmungswahlkampf, sondern ein Kompetenzwahlkampf.“
Seehofer am 11.7.09 bei der MU

der Krise führen. Dafür müssen wir einen neuen Aufschwung anstoßen. Der Dreiklang unserer Politik in den kommenden drei Jahren lautet daher: Haushalt konsolidieren, Investitionen fördern und die Bürger entlasten.

Was blieb aus CSU-Sicht unerledigt?

Seehofer: CDU und CSU haben im gemeinsamen Wahlprogramm Steuerentlastungen festgelegt und zwar in zwei Stufen in der nächsten Legislaturperiode. Das geht nur 2011 und 2012 oder 2012 und 2013. Die CSU legt sich auf 2011 und 2012 als Zeitpunkte für weitere Steuersenkungen fest. Wir sollten 2011 die erste Stufe in Kraft treten lassen. Das wäre auch deswegen schlüssig, weil wir bereits für 2009 Entlastungen umgesetzt haben und nächstes Jahr weitere kommen werden. Es wäre gut, diese Zeitreihe nicht abreißen zu lassen.

In einer Geste von Demut und Bescheidenheit haben Sie sich als „Messdiener“ der Kanzlerin bezeichnet. Wo ist die Kampfeslust geblieben?

Seehofer: Die richtet sich auf den politischen Gegner. Wir haben in Deutschland eine erfolgreiche Kanzlerin. Die CSU kämpft mit aller Kraft dafür, dass das so bleibt. Es spricht doch für Angela Merkel und für die ganze Union, dass die Menschen uns am meisten von allen Parteien zutrauen, die Krise zu meistern. CDU und CSU haben gemeinsam die Führungsstärke bewiesen, die die Menschen erwarten.

Die Union hat sich festgelegt, die Steuern in der nächsten Legislaturperiode nicht zu erhöhen. Die Wähler haben da Zweifel, aber sie verübeln es Ihnen nicht?

Seehofer: Steuererhöhungen sind in der jetzigen Situation Gift für die Konjunktur. Wer in der Krise Steuern erhöht, handelt gegen den Aufschwung und gegen die Arbeitsplätze. Es ist ein Gebot der Vernunft, jetzt nicht noch tiefer in die Taschen der Steuerzahler zu greifen. Ich werde für die CSU keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem Steuererhöhungen enthalten sind. Wir werden im Gegenteil in der nächsten Wahlperiode das Problem der kalten Progression angehen. Es kann nicht sein, dass ein Durchschnittsverdiener von einer Lohnerhöhung weniger als die Hälfte behält. Wir wollen Entlastungen mit einem Volumen von 15 Milliarden Euro – verteilt auf zwei Jahre. Dieser Vorschlag ist verantwortlich und finanzierbar. Bei 48 Milliarden Mehreinnahmen im Jahr 2013 im Vergleich zu heute ist das machbar. Der Vorwurf, wir könnten uns in den nächsten vier Jahren

keine Steuersenkungen leisten, geht völlig ins Leere. Wir müssen Steuersenkungen machen, damit die Menschen wieder mehr Freiräume bekommen.

Mit dem Freiherrn zu Guttenberg stellt die CSU plötzlich den zweitbeliebtesten Politiker in Deutschland. Wann hat es das schon mal gegeben?

Seehofer: Natürlich bin ich stolz, dass er aus der CSU kommt und dass ich ihn vorgeschlagen habe. Karl-Theodor zu Guttenberg wird von den Menschen als der Hüter der Sozialen Marktwirtschaft betrachtet, und zwar in beiden Teilen: sozial und Marktwirtschaft. Er ist als Bundeswirtschaftsminister der geborene Wahlkämpfer für das Thema Wirtschaft und Mittelstand. Er deckt dieses Feld kompetent und geradlinig ab. Das macht er für die ganze Union und deswegen wird er im Wahlkampf eine herausgehobene Rolle spielen.

„Wenn die Politik nicht in der Lage sein sollte, Steuersenkungen durch Einsparungen gegen zu finanzieren, dann hat sie ihre Gestaltungsaufgabe verfehlt.“

Seehofer am 11.7.09 bei der MU

Vor allem im Mittelstand wird der Wirtschaftsminister wegen seiner klar marktwirtschaftlichen Politik hoch geschätzt. Was sagt denn der ehemalige CSA-Landesvorsitzende Horst Seehofer dazu?

Seehofer: Ich habe mich mittlerweile an die Etiketten gewöhnt, die mir im Laufe der Zeit

„Früh aufstehen, lange arbeiten – wenn das die Definition eines Mittelständlers ist, dann ist der bayerische Ministerpräsident ein geborener Mittelständler.“

Seehofer am 11.7.09 bei der MU

aufgeklebt wurden. Als Bundesgesundheitsminister war ich der Reformier, später der Herz-Jesu-Sozialist. Und auch als Ministerpräsident hat es nicht lange gedauert, bis die Etiketten aufgeklebt waren. Ich bin aber immer derselbe geblieben. Und deswegen sage ich als CSU-Vorsitzender: Wir müssen schauen, dass unsere Volkswirtschaft gut läuft. Und wir müssen schauen, dass unsere Gesellschaft ihr menschliches Gesicht behält. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

Kann der Mittelstand auf Sie zählen, wenn ein bürgerlich-liberales Bündnis nach der Wahl darangeht, die Sünden der großen Koalition zu beseitigen?

Seehofer: Wir haben in den vier Jahren der großen Koalition mit dem CSU-geführten Wirtschaftsministerium schon einiges für den Mittelstand erreicht. Etwa die Mittelstandsentslastungsgesetze, mit denen einiges an überflüssiger Bürokratie und Berichtspflichten abgebaut wurde. Das neue Erbschaftsrecht wäre ohne den entschiedenen Einsatz der CSU nicht so mittelstandsfreundlich ausgefallen. Sie können heute einen Betrieb erbschaftsteuerfrei vererben. Das Thema ist für mich aber noch nicht abgeschlossen.

Nach der Wahl müssen wir neu überprüfen, ob die Erbschaftsteuer ausreichend familiengerecht ist und ob sie bei Unternehmen die Folgen der Krise nicht noch verschlimmert. Das gleiche gilt für die Unternehmensteuern. Alles, was die Krise verschärft, gehört raus aus dem Steuersystem. Eine wachstumsfeindliche Steuerpolitik gibt es mit der CSU nicht. Wir haben uns im Regierungsprogramm auch klare Ziele beim Bürokratieabbau gesetzt. Bis 2011 wollen wir nationale Statistik- und Berichtspflichten netto um 25 Prozent abbauen. Das entlastet vor allem kleine und mittlere Unternehmen.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

HORST SEEHOFER

- wurde am 4. Juli 1949 in Ingolstadt geboren. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern.
- **1969:** Eintritt in die Junge Union
- **1970:** Horst Seehofer besteht die Verwaltungsprüfung für den gehobenen Dienst (Diplom-Verwaltungswirt, FH) und arbeitet bis 1980 in den Landratsämtern Ingolstadt und Eichstätt
- **seit 1971:** Mitglied der CSU
- **1979:** Verwaltungsdiplom an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA München)
- **1980 - 2008:** Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Ingolstadt.
- **1983 - 1989:** Sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe
- **1989 - 1992:** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
- **1992 - 1998:** Bundesminister für Gesundheit
- **1994 - 2008:** Stellvertretender Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union
- **Oktober 1998 - November 2004:** Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- **2000 - 2008:** Landesvorsitzender der Christlich Sozialen Arbeitnehmer-Union (CSA)
- **November 2005 - Oktober 2008:** Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- **25. Oktober 2008:** Wahl zum Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union
- **27. Oktober 2008:** Wahl zum Bayerischen Ministerpräsidenten



Seehofer sagt von sich: „Ich weiß vielleicht nicht viel über Politik, aber ich weiß, wie man Wahlkampf macht.“

**Ist Ihre Versicherung so individuell
wie Ihr Unternehmen?**



**Betriebliche Rundum-Lösungen
von AXA. Abgestimmt auf Ihre Branche,
maßgeschneidert für Ihr Unternehmen.**

Für alle, die eine Versicherung suchen, die so individuell ist wie ihr Unternehmen, gibt es die betrieblichen Versicherungs- und Vorsorge-Lösungen von AXA. Der perfekte Rundum-Schutz für Sie und Ihre Mitarbeiter. Zum Beispiel „Profi-Schutz“ – perfekt abgestimmt auf die Anforderungen Ihrer Branche und angepasst an die individuellen Bedürfnisse Ihres Unternehmens. Vorsorge- und Deckungslücken werden so geschlossen, aber auch überflüssige Deckung vermieden. Die Folge: Sie sparen Geld – und Nerven. Eine individuelle Rundum-Beratung erhalten Sie bei Ihrem persönlichen Betreuer. Mehr Infos unter www.AXA.de/Geschaeftskunden oder unter Telefon 0 18 03/55 00 22*.

Kommen Sie zur Versicherung, die neue Maßstäbe setzt.

Maßstäbe / neu definiert



Gewaltiger Aufwand zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung



Unter dem ebenso neidträchtigen wie populistischen Motto „Steuroasen trocken legen, Steuer-Schlupflöcher schließen“ hat SPD-Finanzminister Steinbrück in den letzten Jahren eine unheilvolle Kampagne gefahren. Ohne Unterschied wurden Besserverdienende flächendeckend kriminalisiert

Von Klaus A. Schleweit, Steuerberater

Auf europäischer Regierungsebene wurde beschlossen, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um „Steuroasen auszutrocknen“. Daraufhin hatte der Bundestag im Dezember 2008 die Bundesregierung aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Plakativ formuliert will man die schwarzen Schafe treffen, trifft aber auch die große Masse der ehrlichen Steuerbürger. Insgesamt ist durch die vorgeschlagenen Maßnahmen mit einem erheblichen Anstieg des Verwaltungsaufwands bei Finanzverwaltung, Gerichten und den betroffenen Steuerzahlenden Bürgern und Unternehmen zu rechnen.

Es wird eine Unterscheidung zwischen „guten und schlechten ausländischen Staaten“ geben. Die schlechten Staaten sind solche, die sich nicht an international standardisierte Kriterien des Auskunftsaustauschs zwischen den Finanzbehörden der betreffenden Staaten halten. Dazu gehört derzeit auch Liechtenstein, obwohl es dem EWR-Raum angehört. Im übrigen gehören die sog. Steuroasenländer nicht zu diesen Staaten, welche sich am Auskunftsaustausch beteiligen.

Enormer Aufwand

Diese Unterscheidung ist eine grundsätzliche Schwachstelle. In der Praxis zeigt sich immer wieder, dass auch

Auskünfte aus Staaten, die sich an den Auskunftsverfahren beteiligen, nicht die erforderliche Qualität aufweisen, mit großer Verzögerung oder überhaupt nicht erteilt werden. Dies lässt vermuten, dass die Zielrichtung des Gesetzes eher gegen näher zu Deutschland gelegene Staaten gerichtet ist, wo man deutsch spricht als gegen weiter entfernte Staaten.

Als Maßnahmen werden in Betracht gezogen: Die Versagung des Abzugs von Betriebsausgaben oder Werbungskosten in Deutschland für Zahlungen an Personen und Gesellschaften mit Sitz oder Geschäftsleitung in einem solchen ausländischen Staat.

Ausländischen Gesellschaften soll die Entlastung von der Kapitalertragsteuer oder einer anderen Abzugssteuer versagt werden, wenn an dieser Gesellschaft Personen oder Gesellschaften beteiligt sind, die Sitz oder Geschäftsleitung in einem solchen Staat haben. Damit will man Gestaltungen vorbeugen, bei denen Firmen aus einem Steueroasenstaat in einem anderen unbedenklichen Staat eine Zwischenholding errichten, um Vorteile aus dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und diesem anderen unbedenklichen Staat in Anspruch zu nehmen.

Auch hinsichtlich der Abgeltungssteuer und des Teileinkünfteverfahrens sollen ähnliche Riegel vorgeschoben werden.

Ebenfalls für den Rückfluss von Gewinnausschüttungen aus Steueroasenländern sollen Steuervergünstigungen gestrichen werden. Dies gilt insbesondere für die Steuerbefreiung nach § 8 b Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz.

Umkehr der Beweislast

Nach dem Gesetz soll die Finanzverwaltung den Steuerbürgern einen amtlichen Vordruck zuschicken können, in dem Fragen über Art und Inhalt der Geschäftsbeziehungen ins Ausland gestellt werden. Die Schwelle eines Anlasses für die Zusendung solcher Vordrucke wird äußerst niedrig sein. Das Bankgeheimnis wird dabei ausgehebelt, indem der Steuerbürger gezwungen wird, seine Kreditinstitute von ihrer Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem Fi-

nanzamt zu entbinden. Geschieht dies nicht, so soll das Finanzamt die Steuern frei schätzen dürfen. Dann soll automatisch eine Vermutung gelten, dass Kapitaleinkünfte im Ausland vorhanden sind. Dies erscheint sogar einem Laien als rechtsstaatlich äußerst bedenklich.

Weiterhin kann die Finanzverwaltung vom Steuerbürger die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung in Bezug auf die Richtigkeit der von ihm gemachten Angaben verlangen. Bekanntermaßen kann eine falsche eidesstattliche Versicherung mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft werden.

Außerdem kann gegen den Steuerbürger, der seiner Mitwirkungspflicht nicht oder nur unzureichend nachkommt, ein Ordnungsgeld von bis zu 5.000 Euro festgesetzt werden.

Bei größeren Überschusseinkünften (Summe der positiven Überschusseinkünfte mehr als 500.000 Euro) sollen die Belege künftig sechs Jahre aufbewahrt werden. Bei Überschreiten dieser Schwelle wird eine steuerliche Außenprüfung generell ohne nähere Begründung zulässig.

Bislang kontrollierte der Zoll bei Auslandsreisen auch hinsichtlich mitgeführter größerer Barmittel. Gesetzliche Rechtfertigungen waren bisher nur die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Nunmehr wird diese Rechtfertigung der Kontrollmaßnahmen auf Verdachtsmomente der Steuerhinterziehung sowie Sozialleistungsbetrug erweitert. D. h., jeder, der größere Barbeträge mit sich führt, muss künftig mit einer Kontrollmitteilung des Zolls an sein Finanzamt rechnen.

Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.



Liechtenstein ist zum Sinnbild einer Steueroase in Europa geworden - sicher nicht ganz ohne eigenes Verschulden



Foto: action press

Bauernprotest

Die Auswirkungen der Finanzkrise zeigen sich nun immer deutlicher auch in der Realwirtschaft, nicht nur bei den Bauern, die im Frankfurter Bankenviertel protestierten. Bei vielen Unternehmern hat die Finanzkrise das Vertrauen in die Kreditwirtschaft nachhaltig gestört

„In den Köpfen vieler Banker regiert zurzeit die pure Angst“

Das muss kein böser Wille sein. Die Milliardenverluste aus unkalulierbaren Spekulationen haben das Eigenkapital gerade bei Groß- und Landesbanken so deutlich dezimiert, dass für neue Kreditvereinbarungen wenig Spielraum bleibt. Rutschen weitere Unternehmen in die Pleite, reißen die Wertberichtigungen für abzuschreibende Forderungen neue Löcher in die Bilanzen der Gläubiger.

„In den Köpfen vieler Banker regiert zurzeit die pure Angst“, ist am Finanzplatz Frankfurt immer wieder zu hören. Dieser psychologische Effekt behindert die Kreditversorgung der Wirtschaft ganz maßgeblich. Risikovorsorge wird nun groß geschrieben und führt zu Abwehrkonditionen. Weil sie guten Altkunden die Verlängerung einer Kreditvereinbarung nicht rundweg abschlagen wollen, versuchen die Sachbearbeiter über die Zinshöhe das Engagement zu begrenzen.

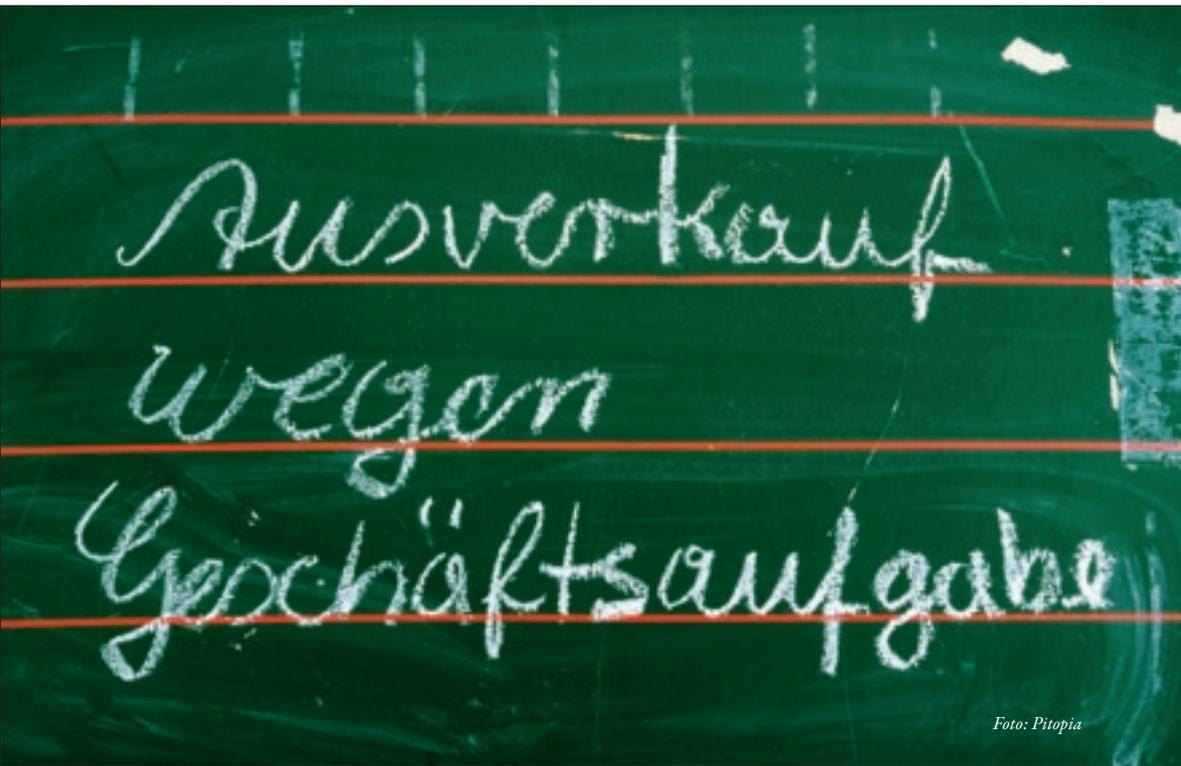
Nach einer Befragung des Finanzdienstleisters Siemens Financial Services bei deutschen, französischen und englischen Unternehmen muss die Hälfte der Firmen seit dem vergangenen Jahr höhere Kreditzinsen berappen. Seit der letzten Erhebung im Herbst 2008 ein Anstieg um durchschnittlich 16 Prozentpunkte. Die deutsche Wirtschaft ist dabei am härtesten betroffen: 55 Prozent der befragten Chefs beklagen jetzt höhere Kreditkosten, sechs Monate zuvor waren es erst 29 Prozent.

Mittelstand im Fokus

Zwar bemühen sich nach ihrem Fiasko im Investment-Banking nun auch große Institute wie die Deutsche Bank und die Commerzbank um die lange vernachlässigte mittelständische Klientel, doch deren Marktanteile bei kleineren Adressen sind winzig, weiß Stephan Paul, Professor und Vorstand des Instituts

für Kredit- und Finanzwirtschaft an der Uni Bochum: „Die meisten Einzelunternehmer, Handwerker und Freiberufler leihen sich ihr Geld woanders. In diese lokalen Märkte dringen die Großbanken kaum vor.“

Sparkassen und Genossenschaftsbanken berichten denn auch durchweg von steigenden Kreditgeschäften. Ein wichtiger Grund ist die Bereitschaft, staatliche Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu vermitteln, zumal die KfW in diesem Jahr das Ausfallrisiko nahezu komplett übernommen hat und somit die antragstellende Hausbank nicht belastet. Mit günstigen Förderkrediten oder eigenkapitalähnlichen Finanzierungen ist dem Mittelstand jedenfalls mehr geholfen als mit dem vor fünf Jahren von den Großbanken propagierten Mezzanine-Kapital.



Ausverkauf

Das restriktive Verhalten vieler Banken bei der Kreditvergabe und die nach Meinung vieler Mittelständler unberechtigt übersteuerten Zinsen gefährden Teile der Realwirtschaft. Als positive Ausnahmen werden immer wieder die Sparkassen und Genossenschaftsbanken genannt

Die aktuelle Zinspolitik der Geldhäuser ist nur schwer zu begreifen. Da hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins mit ein Prozent auf den niedrigsten Stand in der Nachkriegszeit gesenkt, damit die Kreditinstitute diese extrem verbilligten Refinanzierungsmittel in Form günstiger Darlehen an ihre Kunden weitergeben. Doch in der von Banken verschuldeten Finanzkrise ist eher das Gegenteil der Fall. Eine EZB-Studie belegt: Sowohl die mittelständischen Unternehmen als auch die privaten Haushalte in der Euro-Zone müssen sich trotz sinkender Leitzinsen auf einen verschärften Zugang zu Krediten einstellen.

Denn: Ausgerechnet ein Programm, das finanzschwachen Firmen das Leben erleichtern sollte, treibt sie nun möglicherweise in den Ruin. Als unbesichertes Nachrangdarlehen hat Mezzanine eine Zwitterstellung zwischen Kredit und Eigenkapital. Allerdings muss das Kapital nach Ablauf von meist sieben Jahren auf einen Schlag zurückgezahlt werden. Etwa 700 Unternehmen haben hierzulande auf diese Weise ihre Eigenkapitalquote erhöht. Nur die wenigsten dürften in den nächsten Jahren in der Lage sein, das Darlehen bei Fälligkeit aus eigenen Mitteln zu tilgen. Doch die Ablösung durch einen Bankkredit kann sehr teuer werden.

Kreditversicherer machen die Schotten dicht

Wie schwierig die Situation vor allem für kleine Unternehmen,

aber auch für große Konzerne, geworden ist, zeigt das Verhalten der Kreditversicherer, die inzwischen Tausende von Firmen aussortiert haben. Policen, mit denen sich Hersteller und Lieferanten gegen Zahlungsausfälle ihrer Kunden absichern, haben sich zudem seit Jahresbeginn um rund 30 Prozent verteuert. Außerdem wurde die Selbstbeteiligung drastisch erhöht. Aus den bislang gewohnten 15 Prozent sind mittlerweile gut 40 Prozent geworden.

„Wir passen die Verträge der veränderten Risikosituation an“, sagt Benoît Claire, Chef von Coface. Denn: Beim drittgrößten Kreditversicherer in Deutschland ist die Ausfallquote zwischen Oktober 2008 und März 2009 um über 100 Prozent gestiegen. Ähnliche Erfahrungen haben auch der Marktführer Euler Hermes und der Kölner Warenkreditversicherer Atradius gemacht.

Unübersahbar hat die Krise der Finanzbranche die Realwirtschaft erreicht. Nur im gemeinsamen Gespräch lassen sich die daraus resultierenden Folgen analysieren und dauerhafte Schäden möglicherweise begrenzen. Doch das fällt schwer, denn das Verhältnis mittelständischer Unternehmer zu ihren Finanziers ist gespalten. Nach einer vom Kreditversicherer Euler Hermes initiierten Studie fühlen sich gerade Existenzgründer und Jungunternehmer als Bittsteller, wenn sie wegen eines Darlehens nachfragen. 74 Prozent der Skeptiker stimmten der Aussage zu: „Von Kapitalgebern wird man als Unternehmer nur gut behandelt, wenn die Zahlen stimmen.“ Gert Schlossmacher, Vorstandsvorsitzender bei Euler Hermes, sieht die Diskrepanz mit Sorge: „Zum Teil zeigt sich bei den Bankern eine deutliche Selbstüberschätzung.“ Immer noch.

hw

Ohne Banken geht es nicht

Ob Commerzbank, Opel, Karstadt, Schaeffler oder Quelle – wenn die großen Konzerne den Staat um Hilfe bitten, beherrschen sie die Schlagzeilen. Von größeren Mittelständlern ist eher selten die Rede, von den kleinen Firmen überhaupt nicht. Dabei ist der 115 Milliarden Euro schwere Deutschlandfonds doch für alle Unternehmen da, die durch die Wirtschaftskrise in ernsthafte Schwierigkeiten geraten sind.

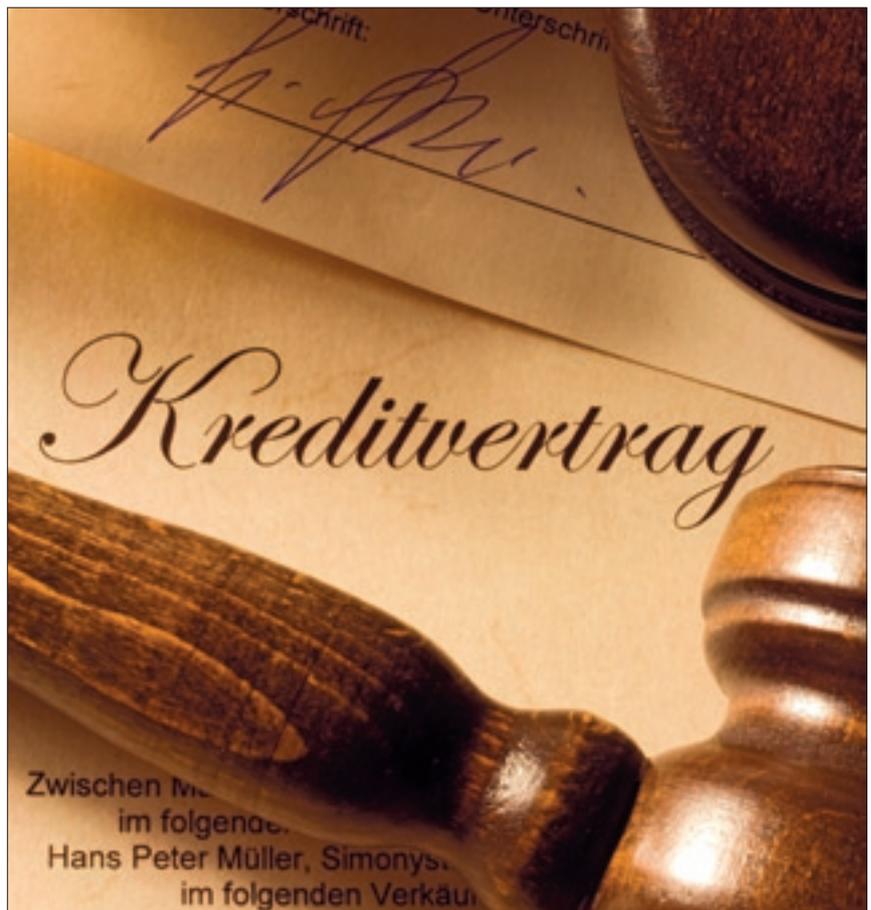
Eine Bedingung für den Anspruch auf staatliche Garantie oder zinsgünstigen Kredit besteht darin, dass der Antragsteller nachweisen muss, dass er vor dem 1. Juli 2008 keine wirtschaftlichen Probleme hatte. Ein Handwerker, dessen Kunden zu diesem Zeitpunkt eine ganze Reihe von Rechnungen nicht bezahlt hatten, könnte da bei der Bewertung schnell durchfallen, zumal er selbst auch noch nicht alle Lieferantenforderungen beglichen hatte.

Die zweite Hürde baut sich häufig bei der Hausbank auf. Denn dort müssen Darlehen aus dem Deutschlandfonds beantragt werden. Da die Gewinnmargen bei Staatskrediten nicht gerade üppig sind, fehlt vielfach das Interesse an einer Vermittlung. Zumal die Geldinstitute trotz großzügiger Fondsbedingungen dennoch einen Teil des Ausfallrisikos übernehmen müssen. Dazu sind sie aber jetzt immer weniger bereit, da sie schon jede Menge faule Kredite in den Büchern haben.

So erreichen viele Anträge gerade von kleinen und mittleren Firmen den Deutschlandfonds überhaupt nicht, weil sich die Hausbank vorher schon verweigert hat. Und der Mittelständler ärgert sich über eine dreifache Benachteiligung: Erstens muss sein Unternehmer als Teil der Realwirtschaft für den Schaden, den Teile der Finanzwirtschaft der Volkswirtschaft zugefügt haben, aufkommen. Zweitens müssen er und seine Erben den Schuldenberg abtragen, den der Staat mit seinen Hilfen für die Finanzwirtschaft angehäuft hat. Und drittens berechnen ihm Banken höhere Kreditzinsen als vor dem Desaster, falls er überhaupt einen Kredit bekommt.

Der Staat ist mal wieder heftig dabei, die Belastbarkeit des Mittelstandes, des angeblichen Rückgrats der deutschen Wirtschaft, zu testen...

Horst Wardenbach



Große Teile der Kreditwirtschaft, vor allem im Bankenbereich, handhaben die Vergabe von Krediten an Mittelständler zur Zeit äußerst restriktiv

Wie Unternehmer der Kredit-Klemme entkommen Alternative Möglichkeiten der Finanzierung

Factoring

Eigentlich ist es naheliegend, offene Rechnungen gegen eine Gebühr von ein bis zwei Prozent an ein Factoring-Unternehmen zu verkaufen und sofort über liquide Mittel zu verfügen. Das Geld säumiger Kunden muss der Factor dann oft auf eigene Gefahr eintreiben.

Nur: Factoring-Gesellschaften kaufen noch lange nicht jede Forderung, sie informieren sich sehr genau über die Bonität der Schuldner. Rechnungen an private Endkunden schließen sie in aller Regel ebenso aus wie bestimmte Branchen, etwa die Bauwirtschaft.

Besser: Den Schlendrian in der eigenen Buchhaltung bei der Fakturierung beenden. Jeder Lieferung gleich die

Rechnung beifügen. Großzügige Skonti bei direkter Zahlung einräumen. Und das Mahnsystem unbedingt verbessern. Neben dem schriftlichen Verfahren sollte der Chef auch mal zum Telefonhörer greifen.

Lieferantenkredit

Wer umgekehrt mit seinen Lieferanten ein längeres Zahlungsziel aushandelt, kann die Ware schon verarbeiten, bevor sie bezahlt ist. Doch der Aufschub ist teuer. Denn auch die Lieferanten arbeiten mit Skonti. Wer beispielsweise statt nach 10 Tagen erst nach einem Monat zahlt, verliert möglicherweise drei Prozent Rabatt. Aufs Jahr gerechnet, entspricht dies einem Zins von 54



RIGHT TO REPAIR

Für das verbrieftete Recht auf freien Wettbewerb im Kfz-Service Markt!

Die mittelständischen Unternehmen
des freien Kfz-Service Markts
benötigen Ihre Unterstützung!

Wir führen die „Right to Repair“ Kampagne!



GESAMTVERBAND
AUTOTEILE - HANDEL E.V.

www.gva.de

www.r2rc.de

Prozent. In Notfällen ganz hilfreich, sind Lieferantenkredite keine Dauerlösung.

Förderprogramme

Die Bundesregierung hat für dieses Jahr die Fördermittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu Gunsten der mittelständischen Wirtschaft auf 15 Milliarden Euro aufgestockt. Und damit die Kreditinstitute die Darlehen aus den vielen Mittelstandsprogrammen auch vermitteln, übernimmt die KfW selbst das Ausfallrisiko nahezu komplett. Dennoch: Im Gespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter sollte der Chef diese Möglichkeit konkret ansprechen, denn vor allem die überregionalen Großbanken bieten eher selten Förderkredite aktiv an.

Das KfW-Startgeld von bis zu 50.000 Euro gibt es für Kleinunternehmer und Freiberufler, die höchstens seit drei Jahren selbstständig sind.

Der KfW-Unternehmerkredit ist für Investitionen und Betriebsmittel vorgesehen mit Laufzeiten von fünf, zehn oder zwölf Jahren. Aktuelle Konditionen unter

www.kfw.de

Leasing

Bei der Anschaffung von Kraftfahrzeugen ist Leasing derzeit die wichtigste Form der Finanzierung. Doch in der Boom-Branche geht es schon lange nicht mehr nur um Autos. „Leasing ist inzwischen die größte Finanzierungsalternative“, behauptet Friedhelm Westebbe vom Branchenverband BDL. Ob Druckmaschine, IT-Software oder Lagerhalle – es gibt nahezu immer einen Partner, der ein entsprechendes Angebot unterbreitet. Mieten statt kaufen schon das Eigenkapital, denn die Bilanz bleibt unbelastet. Anders als bei einem Investitionsdarlehen. Zudem sind die Leasing-Raten als Betriebsausgaben direkt steuerlich absetzbar.

„Schon die Gesprächssituation ist eine ganz andere“, sagt ein Mittelständler aus dem westfälischen Soest. „Man redet über den Wert von Maschinen, statt ständig über Sicherheiten zu verhandeln.“

Bei Verträgen mit Vollamortisation (VA) decken die Leasing-Raten den Anschaffungspreis, alle Kosten und die Gewinnmarge der Gesellschaft. Nach der vereinbarten Mietzeit haben Unternehmer oft die Option, das Leasing-Objekt zum Restbuchwert zu kaufen oder den Vertrag zu verlängern. Beim Operate-Leasing (OL) bindet sich der Kunde dagegen nur für kurze Zeit und ist wegen der kurzfristigen Kündigungsrechte jederzeit flexibel. Risiken und Kosten bleiben überschaubar gering.

Beteiligungskapital

In konjunkturell besseren Zeiten waren sie als „Heuschrecken“ in Verruf geraten, in der Wirtschaftskrise sind private Beteiligungsgesellschaften (Private Equity) durchaus willkommen. Da keiner Geld zu verschenken hat, wollen die Investoren nach wie vor einen angemessenen Ausgleich für ihr hohes Risiko. Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals plus Erfolgsbeteiligung liegen deutlich höher als die üblichen Kreditzinsen. Außerdem muss der Chef den Private Equity-Gesellschaftern ein Mitspracherecht in der Firmenpolitik einräumen.

Zwar gibt es auch stille Beteiligungen ohne Einfluss auf das operative Geschäft, doch die Angebote der von regionalen Kammern, Verbänden und Sparkassen getragenen mittelständischen Beteiligungsgesellschaften sind in den meisten Bundesländern eher dürftig. Positive Ausnahme: Baden-Württemberg.

Besser: Mitarbeiterbeteiligungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Statt Boni oder Prämien bekommen die Angestellten beispielsweise Genussrechte verbrieft, mit denen sie das Recht auf regelmäßige Gewinnbeteiligung erwerben, ohne dass sie in unternehmerische Entscheidungen eingreifen können.

Zitate-Raten

Ordnen Sie die folgenden Zitate einer der angegebenen Quellen zu:

„Die Bedeutungsverminderung des Bankensystems hätte klar wohlstandsvermehrnde Auswirkungen.“

1. Aus „Das Kapital“ von Karl Marx?
2. Aus einem Anlagekommentar eines privaten Schweizer Bankhauses?
3. Aus einem Grundsatzpapier der Jungsozialisten zur Bundestagswahl?

„Die Welt braucht Geldverkehr, aber keine Banken.“

(Originalzitat: „The world needs banking, but it does not need banks.“)

1. Bill Gates im Jahr 2000?
2. Präsident Obama im Jahr 2009?
3. Kurt Tucholsky in einer Schmähschrift aus dem Jahr 1929?

„Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Was ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes?“

1. Aus Bert Brechts „Dreigroschenoper“?
2. Aus einem Diskussionspapier der Partei „Die Linke“?
3. Aus dem aktuellen Programm des Kölner Knast-Kabarets „Klingelpütz“?

Die Auflösung finden Sie auf Seite 32.



Sicher war es richtig, dass die Politik den Rettungsschirm für Banken aufgespannt hat. Dieses staatliche Engagement muss allerdings befristet sein und darf den Wettbewerb im Kreditgewerbe nicht beeinflussen.

Vom Wert der Sicherheiten

Die Lieblingsfrage aller Kreditsachbearbeiter lautet: „Welche Sicherheiten können Sie uns bieten?“ Während früher in aller Regel die Glaubwürdigkeit eines persönlich haftenden Unternehmers gerade in langjährigen Kundenbeziehungen über dessen Kreditwürdigkeit entschied, so müssen heute bei der Bonitätsbewertung weit strengere Maßstäbe angelegt werden. Die mit dem Stichwort „Basel II“ verbundenen Rating-Kriterien bestimmen inzwischen nicht nur das Ob (einer überhaupt ein Darlehen bekommt), sondern auch das Wie (teuer die Konditionen sein werden). Die Qualität der zur Verfügung gestellten Sicherheiten hat dabei maßgebliche Bedeutung.

Bürgschaften sind Banken und Sparkassen die liebste Sicherheit – vorausgesetzt an der Bonität des Bürgen bestehen keine Zweifel. Der gute Name reicht da nicht. Um eine Bürgschaft als vollwertige Sicherheit anzuerkennen, müssen entsprechende Vermögenswerte – Wertpapiere zum Beispiel – nachgewiesen und in dem Depot möglicherweise ein Sperrvermerk angebracht

werden, etwa: „Bei Verkaufsabsichten erst Rücksprache wegen Bürgschaft“. Sind diese Kriterien erfüllt, beträgt ihr Wert als Sicherheit **bis zu 100 %**.

Grundschulden sind vor allem dann interessant, wenn die erste Rangstelle im Grundbuch noch frei ist. Egal ob Betriebsgebäude oder das private Einfamilienhaus beliehen werden – der Kreditgeber wird stets den aktuellen Verkehrswert per Sachverständigen-Gutachten ermitteln lassen. Das Urteil über die Verwertbarkeit der Immobilien bestimmt die Höhe der Beleihungsgrenze. Je nach Lage und Attraktivität liegt sie **zwischen 40 und 60 %**.

Sicherungsübereignungen bieten sich an, wenn mit Hilfe eines Investitionsdarlehens neue Maschinen oder Fahrzeuge angeschafft werden. Da die Geldhäuser jedoch bei der Beurteilung der Werthaltigkeit grundsätzlich vom Verwertungsfall ausgehen, driften

die Beleihungswerte kräftig auseinander. Je spezieller eine zu finanzierende Maschine ist, desto geringer ihr Wert als Kreditsicherheit. Autos liegen im oberen Teil eines Spektrums **von 30 bis 80 %**.

Zessionen sind ebenfalls Sicherungsabtretungen, die aber vornehmlich im Zusammenhang mit Forderungen stehen, die der Bankkunde seinerseits gegenüber anderen Firmen oder gegenüber privaten Käufern hat. Der Wert dieser Außenstände hängt unmittelbar mit der zu überprüfenden Bonität der Schuldner zusammen. Schon wegen des Verwaltungsaufwands sind Banken und Sparkassen bei der Verwendung von Zessionen als Kreditsicherheit eher zurückhaltend, ihr Beleihungswert liegt meistens **unter 50 %**.

Pfandrechte zu Gunsten der Bank sind schon in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) verankert, Grundlage jeder Kundenbeziehung. Gibt es beispielsweise ernsthafte Probleme bei der Kreditabwicklung mit Zins und Tilgung, dann kann das Geldinstitut sein AGB-Pfandrecht ausüben und ohne besonderen Auftrag rückständige Raten mit Guthaben auf anderen Konten des Kunden ausgleichen.

Auch das Warenlager einer Firma kann verpfändet werden. Selbst private Vermögensgegenstände der Inhaber – etwa wertvolle Gemälde, Teppiche oder Antiquitäten –, die dann in der sogenannten Silberkammer eingelagert werden, einer Spezialabteilung des Bank-Safe. Weil die Beurteilung der Werthaltigkeit nicht einfach ist, liegt sie nur **zwischen 20 und 50 Prozent**.



Professionelle Firmen-Websites

GESTALTEN DANK NEUER SOFTWARE LEICHT GEMACHT

Eine Firmen-Homepage zu erstellen ist mittlerweile auch ohne Vorkenntnisse möglich und so einfach wie das Bearbeiten eines Word-Dokuments

Dank neuer Software-Lösungen können auch kleine Unternehmen mit Mitarbeitern ohne Vorkenntnisse in wenigen Minuten einen professionellen Internet-Auftritt „bauen“. Dazu stehen zum Beispiel bei dem Anbieter 1&1 über 100 branchenspezifische Inhaltsvorlagen zur Verfügung – von A wie Apotheke bis Z wie Zahnarzt. Firmen können das Angebot 30 Tage ohne Risiko testen und ihre individualisierte Homepage mit allen Funktionen kostenlos online stellen.

Die einmal eingegebenen Firmendaten werden genutzt, um in wenigen Schritten eine fertige Homepage zu erstellen. Dabei sind für jede Branche die typischen Rubriken und passenden Bilder sowie Basistexte bereits eingerichtet – ob die Speisekarte für das Restaurant oder die Terminanfrage beim Friseur. Die Inhalte der einzelnen Seiten können direkt online im Browser bearbeitet werden, spezielle Software oder „Homepage-Baukästen“ sind nicht mehr nötig.

Lösungen für den Mittelstand

„Der Entwicklung der 1&1 Branchen-

Homepage sind umfangreiche Marktstudien vorausgegangen“, erläutert Robert Hoffmann, Vorstandssprecher der 1&1 Internet AG. „Dabei hat sich herausgestellt, dass viele ‚klassische‘ Webhosting-Tarife an den Anforderungen und Bedürfnissen von kleinen mittelständischen Firmen vorbeigehen.“

Das Forschungsinstitut TNS Infratest befragte für 1&1 rund 1.000 IT-Entscheider aus Firmen mit weniger als 50 Mitarbeitern, von denen bereits 56 Prozent über eine eigene Website verfügen. Fast 80 Prozent der Kleinunternehmen, die noch nicht über einen Internet-Auftritt verfügen, haben prinzipiell Interesse an einer Firmen-Homepage. Als größte Barrieren für die eigene Website nannten die Befragten Zeitmangel (43 Prozent), mangelnde Kenntnisse (12 Prozent) und zu komplizierte und nicht bedürfnisgerechte Angebote (8 Prozent). 70 Prozent aller befragten Firmen ohne Internet-Auftritt wünschen sich vorrangig Lösungen, die auf Homepage-Vorlagen basieren. Nur 17 Prozent würden sich für eine vollständig offene Lösung entscheiden.

Speicherplatz unbegrenzt

Bei der Entwicklung der Branchen-Homepage hat 1&1 die Ergebnisse der Marktstudie in den Mittelpunkt gestellt. So wurden von spezialisierten Design-Agenturen individuelle Vorlagen für über 100 Branchen erstellt. Anwender können die Inhalte ihrer Homepage nach einer Anmeldung so einfach wie ein Word-Dokument direkt auf der jeweiligen Seite bearbeiten. Der Umweg über externe Homepage-Baukästen oder Web-Editoren entfällt völlig. Die Daten werden in den Hochsicherheits-Rechenzentren von 1&1 gespeichert, so dass sich für den Unternehmer aufwändige Datensicherungen erübrigen. Eine einmal erstellte Homepage lässt sich von jedem Internet-Rechner weltweit bearbeiten – die Adresse der Homepage und das zugehörige Passwort genügen.

Auch mit den für Hosting-Angebote bislang üblichen komplexen Feature-Tabellen mache die 1&1 Branchen-Homepage Schluss, erläutert Robert Hoffmann. „Unsere Marktforschung hat ergeben, dass diese oft seitenlangen Listen viele Firmeninhaber überfordern. Deshalb haben wir für unsere Branchen-Homepage einen radikal anderen Ansatz gewählt: Die Anzahl der erstellbaren Seiten, der Speicherplatz und das Übertragungsvolumen sind unbegrenzt. Ein kleines Unternehmen soll sich über diese technischen Details keine Gedanken mehr machen müssen.“

Den Erfolg ihres Internet-Auftritts können die Nutzer der Branchen-Homepage mit der Web-Statistik überprüfen. Auch Module zur Suchmaschinenoptimierung sind integriert. Daneben lassen sich RSS-Feeds, Fotoalben, Videos oder Flash-Animationen integrieren. Und Profis können auf Wunsch auch einen eigenen HTML-Code in ihrer Firmen-Homepage verwenden.

Die 1&1 Branchen-Homepage kostet 9,99 Euro im Monat. Zum Start: Es gibt keine Einrichtungsgebühr! Eine Domain und 10 E-Mail-Postfächer sind inklusive. Info unter www.1und1.info

Nach allen Seiten offen

Einfach, schnell und kabellos: WLAN



Surfen ohne Kabel ist zwar bequem und schnell, aber nicht ganz ohne Sicherheitsrisiko

Im November 2008 rumorte es in der Szene der Verschlüsselungsexperten. Die deutschen Sicherheitsforscher Martin Beck von der TU Dresden und Erik Tews von der TU Darmstadt zeigten auf der Konferenz PacSec 2008 in Tokio, wie sie in einer knappen Viertelstunde ein spezielles Verschlüsselungsverfahren für WLAN-Verbindungen (Wireless Local Area Network) zumindest teilweise knacken konnten.

Den Wissenschaftlern gelang es zwar nicht, das Passwort herauszufinden oder den kompletten Datenverkehr zu entschlüsseln. Dennoch waren sie in der Lage, bestimmte Daten zu dechiffrieren und Informationen in ein WLAN einzuschleusen – eine nicht zu unterschätzende Bedrohung, da zum Beispiel Internetzugriffe auf andere, kriminelle Server umgelenkt werden können.

Die Erfolge der Forscher zeigen: Die kabellose Kommunikation ist sehr unsicher. Trotzdem sind die unkomplizierten Funknetze extrem beliebt. Die Vorteile liegen auf der Hand: Praktisch jeder Arbeitsplatz in einem Unternehmen kann ohne teure Bauarbeiten an ein Netzwerk angeschlossen werden. Außerdem können sich Mitarbeiter mit einem Notebook unkompliziert am internen Netz anmelden.

Ein WLAN ist bequem und schnell

Notwendig ist nur ein „Access Point“ – das Gerät, das die Funkverbindung aufbaut. Zudem muss in jedem Computer ein WLAN-Adapter stecken. Das Verführerische daran:

Die Technik ist inzwischen so stark vereinfacht worden, dass nach dem Aufbauen und Anschließen der Geräte die Verbindung meist schon steht. Doch diese Automatik bietet nur die stark eingeschränkte Sicherheit des WEP-Verfahrens, von Erik Tews bereits 2007 in einer Demonstration in weniger als einer Minute durchbrochen.

Bleibt also nur der Verzicht auf ein WLAN? Nein, denn es gibt durchaus zwei Alternativen für sichere Verbindungen auf dem Markt: Das neue und nur in aktueller Hardware eingesetzte WPA2-Verfahren und ein auf das WLAN aufgesetzte VPN (Virtuelles Privates Netzwerk).

Der relativ neue Verschlüsselungsstandard WPA2 verwendet einen modernen Verschlüsselungsalgorithmus, der als sehr sicher gilt. Er erfordert aber einen ausreichend langen Schlüssel mit mindestens 24 Zeichen. Die höchste Sicherheit bietet die Maximallänge von 63 zufälligen Zeichen. Leider senkt WPA2 die Geschwindigkeit der Verbindung, da die WLAN-Geräte für die Verschlüsselung viel rechnen müssen.

Eine in Unternehmen gut nutzbare Alternative ist ein VPN (Virtuelles Privates Netzwerk), das üblicherweise für einen sicheren externen Zugang eingesetzt wird. In diesem Fall geht der Zugriff auf das Internet oder Ressourcen im Firmennetz über einen speziellen, leistungsfähigen VPN-Server.

Ingo Steinhaus

10 SICHERHEITSREGELN FÜR WLAN

- 1. Aktuelle Geräte.** Nutzen Sie keinesfalls Geräte ohne WPA- oder WPA2-Verschlüsselung.
- 2. Zugangsberechtigung.** Ändern Sie die Benutzernamen und Kennwörter der Software zur WLAN-Verwaltung. Standardnamen wie „Admin“ sind keine gute Absicherung.
- 3. Kennwörter.** Benutzen Sie starke Kennwörter aus mindestens acht mehr oder weniger zufälligen Ziffern und Buchstaben.
- 4. Firmware.** Prüfen Sie auf den Herstellerseiten im Web, ob es für Ihr Gerät neue Firmware gibt und aktualisieren Sie es anhand der Herstellerdokumentation.
- 5. Verschlüsselung.** Nutzen Sie die starke WPA- oder WPA2-Verschlüsselung mit einem guten Kennwort von maximaler Länge (63 Zeichen bei WPA2).
- 6. Schlüsselverteilung.** Die Funktion 802.1x (Automatic Key Distribution) versorgt die Computer eines Netzwerkes mit dem WEP-Schlüssel und sollte ausgeschaltet werden.
- 7. SSID/Broadcast.** Ändern Sie den voreingestellten Namen der SSID (Service Set ID). Deaktivieren Sie außerdem die Funktion „Hide SSID“ bzw. „SSID-Broadcast“ und geben Sie den Funknetznamen manuell auf jedem Computer an.
- 8. MAC-Filter.** Die MAC-Adressen (Media Access Control) genannten IDs der Netzwerkkarten. Sie können in der Software zur WLAN-Verwaltung als Zugangsbeschränkung eingegeben werden. Sie stehen auf einem Aufkleber auf der Karte.
- 9. Fernkonfiguration.** Deaktivieren Sie den Remote-Zugriff zur Fernkonfiguration des Access Points über das Internet.
- 10. Konfiguration sichern.** Zur Sicherheit sollten Sie ein Backup der Konfigurationsdaten erzeugen und es unbedingt auf einem externen Datenträger (CD-ROM) speichern und nicht auf einem Rechner.

LAG München: Lesen muss reichen!

Die Zugangsvoraussetzungen eines Kündigungsschreibens sind unter Anwesenden bereits dann erfüllt, wenn dem Kündigungsempfänger dieses nur zum Lesen übergeben wurde und er ausreichend Zeit hatte, sich das Schreiben durchzulesen. Nicht erforderlich ist, dass ihm das Schreiben zum dauerhaften Verbleib überlassen wurde. Darauf verweist Michael Henn, Präsident des Verbandes deutscher Arbeitsrechtsanwälte unter Hinweis auf ein Urteil des Landesarbeitsgerichts München (LAG) vom 18.03.2009.

In dem Fall war zwischen den Parteien streitig, ob dem Kläger das Kündigungsschreiben wirksam zugegangen ist. Der Werkstattleiter hatte dem Arbeitnehmer das Kündigungsschreiben zwar gezeigt. Er hatte es auch gesehen und gelesen, aber jedoch nicht angenommen und auf einem anderen Text bestanden, in den der Kündigungsgrund aufgenommen werden sollte. Es fehlte damit seiner Ansicht nach an einer Übergabe des Kündigungsschreibens, außerdem habe er den Empfangsvermerk auf dem Original der Kündigung nicht ausgefüllt. Mit dieser Begründung, so Henn, verlangte er seine Weiterbeschäftigung.

Die beklagte Firma hatte hierauf entgegnet, dem Kläger sei die schriftliche Kündigung mit der Bitte um Gegenzeichnung vorgelegt worden. Das LAG München hielt den Zugang des Kündigungsschreibens für wirksam, betont Rechtsanwalt Henn.

Das Arbeitsgericht habe in der Vorinstanz unter Anwendung der vom Bundesarbeitsgericht entwickelten Grundsätze zutreffend festgestellt, dass beim Zugang einer schriftlichen Willenserklärung unter Anwesenden – anders als beim Zugang unter Abwesenden – gerade nicht erforderlich sei, dass das Schriftstück zum dauerhaften Verbleib übergeben worden ist, sofern der Empfänger nach der Übergabe ausreichend Gelegenheit hatte, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Es sei weiterhin zutreffend zu dem Ergebnis gelangt, dass die ausgesprochene Kündigung dem Kläger rechtzeitig zugegangen sei.

DIE 5 HÄUFIGSTEN FEHLER

TEIL 1 UNSERER ZEHNTEILIGEN SERIE

Erfolgsfaktoren der Pressearbeit

Von Claudia Hilker

• „Was ist eigentlich PR?“

Viele Unternehmer sind Meister ihres Faches: Im Produktwissen ist ihre Kompetenz perfekt. Sie wissen aber oft nicht, mit welchen Storys sie ihre Produkte verständlich vermitteln können. Die Sekretärin, die mal nebenbei noch Pressemitteilungen schreiben soll, erwirbt ihre Kompetenzen durch „Learning by Doing“ und tritt in jeden Fettnapf. Geben Sie Ihrer PR eine höhere Priorität, arbeiten Sie mit professionellen Kräften und definieren Sie ein festes Budget.

• PR-Potenzial wird verschenkt.

Und das, obwohl PR einen hohen Return of Invest hat – viel höher als Werbung, wie die aktuelle Pleon-Studie zeigt. Gerade im Mittelstand killt das Tagesgeschäft oftmals die PR-Aktivitäten. Vergessen Sie über den Belastungen des Alltags nicht: Sie sollten einen Jahresplan entwickeln. Nur wer Pläne hat, erreicht Ziele.

• „Was schicke ich dem Journalisten bloß?“

Viele Unternehmen sind hilflos und wissen nicht, was der Journalist braucht. Also schicken sie ihm mal die Produkt-Werbung. Journalisten wollen aber keine Werbung, sondern professionelle Pressemitteilungen und kompetente Gesprächspartner. Sie wollen spannende Erfolgsgeschichten über die Macher. Deshalb ist es wichtig, dem Unternehmen so früh wie möglich ein einzigartiges „Gesicht“ zu geben und die Erfolge systematisch, einheitlich und glaubwürdig zu kommunizieren.

• Systematische Kommunikation wird vernachlässigt.

Stellen Sie sich vor: „Sie sind gut und niemand weiß es.“ Häufig erkennen Unternehmer erst zu spät, dass sie ihre Kommunikation vernachlässigt haben – erst wenn der Umsatz stagniert. Gerade kleine Budgets brauchen eine klare Linie, sonst verzettelt man sich im Chaos und riskiert Krisen. Hier ist eine professionelle PR-Arbeit das A und O. Damit ist eine ehrliche Betrachtung der Stärken und Schwächen genauso gemeint wie die Bestimmung der Zielgruppen eines Unternehmens.

• Integrierte Kommunikation ist ein Fremdwort.

Effiziente Kommunikation erfordert eine enge Verzahnung von Marketing, Vertrieb und PR. Das bedeutet, dass die Schaltung von Anzeigen, die Versendung von Pressemeldungen und die Durchführung von Events strategisch geplant und abgestimmt werden muss. So lässt sich die Effizienz der einzelnen Maßnahmen stark erhöhen. Zudem wird oftmals die Online-PR vernachlässigt. Dabei bietet gerade das Internet mit relativ geringem Aufwand eine optimale Kommunikationsplattform.

Aus: „Marketing-Attacke“, SGV-Verlag,
ISBN 978-3-9811027-4-1

Jedes Kapitel des Buches bietet zehn ganz konkrete Tipps mit Checklisten-Charakter. An den Kapitel-Enden haben die Fachautoren fünf häufige Fehler für Ihr Thema aufgelistet.

DAS INTERVIEW

Nicht nur an die Großen denken

Kleine und mittlere Unternehmen Grundpfeiler der Automobilwirtschaft

Verschiedene Akteure des freien Kfz-Service-markts haben sich zur „Right to Repair“ Kampagne zusammengeschlossen. Was kann man sich darunter vorstellen?

Hartmut Röhl: Die „Right to Repair“ Kampagne (R2RC) ist eine europaweite Informationskampagne des freien Kfz-Aftermarkets, d.h. jener Teile des automobilen Servicemarkts, die nicht zum Vertriebsnetz der Fahrzeughersteller gehören, wie etwa freier Teilehandel, freie Werkstätten oder auch die Teileindustrie. Die Kampagne zielt auf die Entscheidungsträger in Brüssel und in den nationalen Regierungen. Wir wollen erreichen, dass diese bei der Gesetzgebung nicht nur an die großen Autokonzerne denken, sondern auch die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen der Automobilwirtschaft stärker im Auge behalten. Es muss erreicht werden, dass Gesetze bereits bei der Ausarbeitung auf wettbewerbschennende Auswirkungen geprüft werden und die Erkenntnisse daraus schon frühzeitig im Gesetzgebungsprozess Berücksichtigung finden.

Welche wirtschaftliche Bedeutung hat der freie Kfz-Servicemarkt in Europa?

Röhl: Seine Bedeutung wird leider gemeinhin oft verkannt. Der freie Kfz-Aftermarket in Europa umfasst rund 665.000 Unternehmen und beschäftigt etwa 3,5 Millionen Personen in der Produktion und im Vertrieb von Kfz-Ersatzteilen sowie in der Wartung und Reparatur von Fahrzeugen. Kleine und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat dieser Branche. Allein in Deutschland sprechen wir von über 20.000 freien Werkstätten und weit mehr als 2.000 Unternehmen im freien Kfz-Teilgroß- und Einzelhandel sowie mehr als 1.000 Teileherstellern, die zusammen hunderttausende von Arbeitsplätzen stellen.

Was sind aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen für freien Wettbewerb im Kfz-Servicemarkt?

Röhl: Als Grundsatz muss gelten, dass jeder Autofahrer das Recht hat, die Werkstatt seines Vertrauens frei wählen zu können, ganz gleich, ob es sich um einen freien oder gebundenen Servicebetrieb handelt. Es bedarf gesetzlicher

Rahmenbedingungen, die den freien Wettbewerb im Kfz-Teile- und Reparaturmarkt schützen, und damit den unabhängigen Akteuren erst die Möglichkeit geben, mit den Automobilherstellern in Konkurrenz zu treten. Denn man muss wissen, dass etwa 80 Prozent aller Teile eines Autos nicht von Fahrzeugherstellern produziert werden, sondern von der Teileindustrie.

So muss jeder Teilehersteller das Recht haben, Kunden seiner Wahl frei beliefern zu können, gleich welcher Distributionsschiene diese angehören. So wie umgekehrt jede Werkstatt das Recht haben muss, beim Ersatzteilbezug frei entscheiden zu können, ob sie im freien oder gebundenen Teilehandel kauft. Dazu zählt auch, dass jedes Ersatzteil vom Designschutz verschont bleiben muss, gleich ob sichtbar oder „unter der Haube“.

Aus Sicht des freien Kfz-Teilehandels ist es des Weiteren wichtig, dass wir das Recht haben, mit der so genannten VIN (der Fahrgestellnummer), bisher ein Sonderwissen des Fahrzeugherstellers, passende Ersatzteile für jedes Fahrzeug eindeutig identifizieren zu können.

Bei welchen aktuellen Gesetzgebungsprojekten sehen Sie Handlungsbedarf?

Röhl: Einen Ansatzpunkt um den Wettbewerb im Kfz-Servicemarkt zu erhalten und zu stärken,



Hartmut Röhl ist Präsident des Gesamtverband Autoteile-Handel e.V. (GVA). Der GVA ist der Branchenverband und die politische Interessenvertretung des freien Kfz-Teile-Großhandels in Deutschland

sehen wir derzeit in der Verlängerung einer spezifizierten Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung („Kfz-GVO“), für die wir im Rahmen von „Right to Repair“ eintreten. Die Kfz-GVO enthält wichtige Regeln für den Kfz-Servicemarkt, welche für uns lebensnotwendig sind. Dazu zählen der Erhalt der Herstellergarantie bei Fremdwartung, der freie Zugang zu technischen Informationen der Automobilhersteller, die Möglichkeit für die Zulieferer, ihr eigenes Logo auch auf den Kfz-Teilen anzubringen, die sie in die Erstausrüstung oder das Servicenetz der Fahrzeughersteller liefern sowie die Untersagung von Vertriebsverboten für Lieferanten von OE-Teilen.

Wir benötigen auch Änderungen der Euro 5-/6-Verordnung für Pkw im Bereich Zugang zu den technischen Informationen der Fahrzeughersteller, da moderne Fahrzeuge ohne diese kaum gewartet werden können, Dasselbe gilt für den Lkw-Bereich.

Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Diskussion über die Typgenehmigungsrichtlinie: Es ist notwendig, neue Zulassungsregeln auch für bestimmte Ersatzteile festzuschreiben. Dabei ist darauf zu achten, dass beim neuen Autorisierungsverfahren für sicherheits- und umweltrelevante Ersatzteile keine einseitigen Regelungen zum Zuge kommen, die den Wettbewerb auf dem Ersatzteilmarkt beeinträchtigen.

Ein Thema, was uns mittlerweile seit Jahren unter den Nägeln brennt, ist die Liberalisierung des Marktes für sichtbare Kfz-Ersatzteile. Wir fordern seit langem die Einführung der so genannten „Reparaturklausel“ in die europäische Designschutz-Richtlinie, damit Ersatzteile vom Designschutz ausgenommen werden, sonst wären die Teile des freien Marktes europaweit verboten.

Info: www.gva.de



www.r2rc.de

Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

„Seit 60 Jahren hat die Soziale Marktwirtschaft unserem Land eine beispiellose Erfolgsgeschichte beschert. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit mit Sicherheit, Wettbewerb mit Solidarität und schöpferische Dynamik mit Gemeinsinn.“

Der freie Markt ist ein unersetzliches Instrument, um Wohlstand zu sichern. Aufgabe des Staates muss es dabei sein, Rahmenbedingungen zu schaffen und die Ordnungsformen der Wirtschaft zu gestalten.“ Auf diesen Leitsatz verständigten sich der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann und der JU-Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder, MdB, im Rahmen des ersten gemeinsamen Wirtschaftskongresses von MIT und Junger Union in Düsseldorf.

Nach einer Begrüßung durch den Düsseldorfer Bürgermeister und MIT-Kreisvorsitzenden Friedrich Conzen folgte die Einleitung durch Prof. Wolfgang Schulhoff (Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf). Als Ehrengast war an diesem Tag Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg mit dabei. Er machte in seiner

Rede deutlich, dass man auch in Krisenzeiten auf die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft und einen freien Wettbewerb, die Innovationskraft von Unternehmen sowie die Verantwortung jedes Einzelnen vertrauen muss. Aufgabe des Staates sei es, bestehende Barrieren zu Gunsten von mehr Beschäftigung und Wachstum abzubauen.

In den prominent besetzten zwei Fachforen unter der Moderation von MIT-Bundesvorstandsmitglied Frank Gotthardt und Staatssekretär Hartmut Schauerte, MdB, wurde die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft mit Blick auf Deutschland und die internationale Politik diskutiert. In den Fachforen wirkten mit: Dr. Reinhard Göhner (BDA), Ulrich Grillo (Rheinink), Prof. Brun-Hagen Hennerkes (Stiftung Familienunternehmen), Peter Jungen (MIT-Präsidiumsmitglied), Dr. Thomas Köster (Handwerkskammer Düsseldorf), Christian Nienhaus (WAZ), Christa Thoben (Wirtschaftsministerin NRW), Sven Volmering (JU-Landesvorsitzender NRW) und Dr. Stefan Zoller (EADS). Die gemeinsame Resolution von MIT und JU kann unter abgerufen werden. www.mittelstand-deutschland.de



Erfolgreicher Wirtschaftskongress von JU und MIT (von links) Wirtschaftsminister zu Guttenberg, Philipp Mißfelder und Josef Schlarmann

SKEPSIS GEGENÜBER OPEL-RETTUNG

Die Hamburger MIT hat sich hinter die Position von Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg gestellt: Keine weiteren Schritte in die Staatswirtschaft! „Aus Sicht der Hamburger Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) wird der Öffentlichkeit im Fall von Opel eine Rettung präsentiert, bei der nicht einmal die größten Eckpfeiler skizziert werden. Über die Bedingungen, zu denen der Staat Verpflichtungen in Milliardenhöhe eingeht, ist auch bei intensiver Recherche nicht viel Information zu finden“, äußerte sich Volker Ernst, stellv. MIT-Landesvorsitzender. Das für die Rettung ausgegebene Geld muss über höhere Steuern wieder hereingeholt werden.“ „Unsere Erfahrung als Mittelständler ist: Wenn man das für Opel eingesetzte Geld für Steuersenkungen einsetzt, schafft man mehr Arbeitsplätze, als bei Opel kurzfristig gerettet werden“, so Barbara Ahrons, MIT-Landesvorsitzende und MIT-Bundesvorstandsmitglied.

Wirtschaftsförderung hat oberste Priorität

Die MIT des Bezirkes Ruhr hatte Schweres Bürgermeister Heinrich Böckelühr zu einem mittelstandspolitischen Gespräch eingeladen. „Das Geheimnis von erfolgreicher kommunaler Wirtschaftsförderung ist die richtige Kombination aus Bestandspflege und der Ansiedlung von neuen Unternehmen“, erklärte Böckelühr vor Mittelständlern aus dem gesamten Ruhrgebiet. Sorge bereite Böckelühr mehr denn je die Entwicklung der städtischen Finanzen. Durch die weltweite Wirtschaftskrise sei mit drastischen sinkenden Einnahmen bei

gleichzeitig steigenden Ausgaben zu rechnen. „Aber Jammern hilft da nicht weiter. Wir müssen die Ärmel aufkrepeln und die Chance ergreifen, die neuen Wege zu beschreiten“, schloss Bürgermeister Böckelühr seinen Vortrag. Die Mitglieder der MIT zeigten sich von der engagierten und offen vorgetragenen Schilderung überrascht.



Mittelstand sorgt sich um kommunale Finanzen (1. Reihe v. l.n.r.): Gabriele Kordowski, MdL, Friedhelm Müller, Heinrich Böckelühr – (2. Reihe v. l.n.r.): Christian Müller und Frank Murmann mit Mitgliedern des MIT-Bezirksvorstandes Ruhr.

Auszeichnung für Josef Schlarmann

Der Bezirksverband Bergisches Land der MIT NRW hat ihren traditionellen „Bergischen Löwen“ in diesem Jahr an den MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann verliehen. In seiner Laudatio würdigte Dr. Thomas Köster (Ehrenvor-

sitzender des Bezirksverbandes und „Erzengel der Sozialen Marktwirtschaft“) den Preisträger für seine Zivilcourage. Mut und Zivilcourage meinen das Einstehen für Überzeugungen, Werte und Prinzipien, weil man an sie glaubt und weil deren

Verletzung das Fundament untergräbt, auf dem letztlich die Freiheit des Einzelnen und die der gesamten Gesellschaft beruht.

In seiner Dankesansprache ging Josef Schlarmann auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ein und sprach seinen Respekt für Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, MdB, bezüglich dessen Haltung zur Diskussion um den Automobilhersteller Opel aus. Auf der Veranstaltung war man sich einig, dass auch in Zeiten der Krise mit Staatsbürgschaften, wenn überhaupt, dann allenfalls in systemischen Bereichen gearbeitet werden sollte.



Ehrung für den ordnungspolitischen Kurs des MIT-Bundesvorsitzenden (v.l.n.r.): Friedrich G. Conzen (Bürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf und Vorsitzender des MIT-Kreisverbandes Düsseldorf), Dr. Josef Schlarmann, Norbert Hüsson (Vorsitzender MIT-Bezirk Bergisches Land) und Dr. Thomas Köster.

Arzneimittel aus erster Hand

Die MIT Wiesbaden hat sich gegen die Abgabe von Arzneimitteln in so genannten „Pick-up-Stellen“ gewandt. Pick-up-Stellen in Drogeriemärkten unterliegen derzeit keinerlei Kontrollen der Aufsichtsbehörden. Daher ist es einzig und allein das Risiko des Verbrauchers, ob er die richtigen Medikamente erhält und ob diese zuvor auch richtig gelagert wurden. „Auch kann der Kunde nicht feststellen, ob das Medikament gefälscht ist und er nur Traubenzucker in der Packung hat“, kritisiert Torsten Tollebeck, MIT-Kreisvorsitzender Wiesbaden. Nach Auffassung der MIT Wiesbaden gehören aber Arzneimittel ausschließlich in die Hände der Apotheker, denn Medikamente können nicht einfach wie Schuhcremes oder Haarshampoos verkauft werden.

Gratulation zur Auszeichnung „Meisterhaft“



Anlässlich des 54. Landesverbandstages des Dachdeckerhandwerks Baden-Württemberg in der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal überreichte Innenminister Heribert Rech, MdL, Dachdeckermeister Karl-Heinz Krawczyk, stellv. Landesinnungsmeister, die Urkunde „Meisterhaft“ mit höchstmöglichen fünf Sternen für handwerkliche Qualität und Betriebsführung auf höchstem Niveau. Brigitta Luhr, Mitglied des MIT-Bundesvorstands, gratuliert Karl-Heinz Krawczyk zu seiner Auszeichnung. Er hat seine Firma in zweiter Generation erfolgreich zu einem Energiesparunternehmen weiterentwickelt.

ZIELGRUPPE FRAUEN

Frauen spielen im Bundestagswahlkampf der Union eine große Rolle: als Wählerinnen und als Politikerinnen. Als Wählerinnen wollen sie wissen, was eine Partei ihnen zu bieten hat, für welche Inhalte die CDU steht. Als Politikerinnen wollen sie für ihre Ziele, für ihre Visionen gewählt werden. Um Informationen zu transportieren, wird das Internet in zunehmendem Maße genutzt.

Die CDU hat zur besonderen Zielgruppenansprache für Frauen ein eigenständiges Internetportal eröffnet. Mit individuellen Geschichten und Unterstützerstatements von „Köpfen“ – weiblichen wie männlichen, prominenten wie unbekannt – soll Usern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Beiträge auf der Homepage zu veröffentlichen. Jede Frau ist eingeladen, sich daran zu beteiligen und jede bekommt die Chance, ihr Statement – wenn möglich mit Foto – zu veröffentlichen. Frauen sollen auch dazu motiviert werden, andere Frauen auf die Seite hinzuweisen. Näheres erfährt man auf der Homepage:

www.frauen.cdu.de



Starker Mittelstand – Starkes Deutschland

Bitte vormerken: Vom 6. bis 7. November 2009 findet die 9. Bundesdelegiertenversammlung der MIT in Berlin statt. Auch in diesem Jahr werden über 600 Delegierte und ca. 200 Gäste aus dem In- und Ausland sowie Medienvertreter erwartet. Als besondere Gäste werden an diesen Tagen u.a. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Lothar de Maizière (letzter frei gewählter Ministerpräsident der DDR) und Hubertus Knabe (Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) begrüßt. Auf dem Programm steht u.a. die Neuwahl des MIT-Bundesvorstandes.

Info unter www.mittelstand-deutschland.de

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Peter Jungen neuer SME-Präsident

Neuer Präsident der SME-Union, der Europäischen Mittelstandsvereinigung, ist Peter Jungen, Bundesschatzmeister der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Die Generalversammlung der Mitgliedsverbände wählte den bisherigen Co-Präsidenten auf ihrer jüngsten Tagung in Athen. Neuer Co-Präsident ist der Österreicher Karlheinz Kopf, Vorsitzender der ÖVP-Fraktion im österreichischen Parlament und stellv. Parteivorsitzender der ÖVP.

Jungen ist deutscher Unternehmer und als Business Angel Investor in junge Unternehmen in Europa und in den USA. Er ist Inhaber zahlreicher Ehrenämter im In- und Ausland sowie Gründungspräsident des European Enterprise Institute (EEI). Für die Zeit seiner Präsidentschaft hat er sich vorgenommen, die Debatte um die Soziale Marktwirtschaft in Europa voranzubringen: „Jetzt ist die Zeit für Unternehmer. Europa braucht eine Erneuerung des Unternehmers. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Unternehmensgründungen.“



Peter Jungen, Bundesschatzmeister der MIT, ist der neue Präsident der SME-Union, der Wirtschaftsorganisation der Europäischen Volkspartei (EVP).

MIT Landkreis Leipzig

Die beiden MIT-Kreise Leipziger Land und Muldental haben sich zum MIT-Kreisverband Landkreis Leipzig zusammengeschlossen. Der neue Vorstand setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Jens Dörr, seinem Stellvertreter Wolfgang Obst, dem Kreisschatzmeister Jens Kalinski und den Beisitzern Bodo Reiche, Rolf Rau und Pressesprecher René Götzte.

MIT Mettmann

Auf der Mitgliederversammlung des MIT-Kreisverbandes Mettmann wurde Wolfgang Leyendecker in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Herbert Kümper und Bernd Roller gewählt. Als Geschäftsführer wurde Guido Wacker bestellt. Schatzmeister sind Michael Kühn und Folke Schmelcher. Beisitzer wurden: Hermann A. Blum, Sandra de Clerque, Ursula Erdelen-Schäfer, Helmut Raschke und Manfred Tydecks.

**Bundesverdienstkreuz für Burgwinkel**

Bundespräsident Horst Köhler hat dem stellvertretenden MIT-Landesvorsitzenden NRW und früheren Unternehmensberater Hans-Günther Burgwinkel (Foto rechts) das Bundesverdienstkreuz I. Klasse verliehen. Den hohen staatlichen Orden überreichte der Kölner Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar (Foto links). Burgwinkel ist auch Vorsitzender der MIT Mittelrhein und des MIT-Kreisverbandes Rhein-Sieg. In seiner Laudatio hob der Regierungspräsident hervor, dass Hans-Günther Burgwinkel als „ein Hauptakteur und Unterstützer der mittelständischen Wirtschaft“ im Zuge des Regierungswechsels nach Berlin erfolgreich am Strukturwandel in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahr mitgewirkt hat. Bereits 1991 war Hans-Günther Burgwinkel für seine Verdienste um die Siegburger Kommunalpolitik mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden.

MIT Moers

Die MIT Moers hat Bruno Vinschen als Vorsitzenden wiedergewählt. Titus Heck und Gordon Pelz wurden als Stellvertreter bestätigt. Dem neuen Vorstand gehören weiterhin an: Roland Lietzow (Schatzmeister), Pamela Green (Beisitzerin), Petra Adelsbach (Beisitzerin), Anica Westerhoff (Beisitzerin), Klaus Rudatsch (Beisitzer) und Frank Heeg (Beisitzer).

**MIT Neubrandenburg**

Der Unternehmer Dirk Hohenstein (Foto rechts) ist der neue Vorsitzende der MIT Neubrandenburg. Die bisherige MIT-Vorsitzende Annette Riedel (Foto links) gratulierte ihrem Nachfolger zur Wahl. Gemeinsam wollen sie

sich auch weiterhin für eine aktive Vernetzung der Mittelständler in Neubrandenburg engagieren.

MIT Stormarn

Der Vorsitzende der MIT Stormarn, Bernd Hengst, und sein Stellvertreter Uwe Rädisch wurden in ihren Ämtern bestätigt. Maike Bandick ist die neue Schatzmeisterin. Als Beisitzer komplettieren Gabriele Huhn, Adelbert Fritz, Stefan Dehns und Günther Hengelage den Vorstand.

MIT Bergstraße

Werner Hartmann ist der neue Vorsitzende der MIT Bergstraße. Als Stellvertreter stehen ihm Hans Hamerak und Werner Roeder sowie als Schatzmeister Ulrich Vonderheid zur Seite. Zu Beisitzern wurden gewählt: Cornelius Fischer, Andreas Guthier, Wolfgang Wolejnik, Michael Jakoby und Jürgen Hörner.

Ehrung für Ulrich Vonderheid

Dr. Ulrich Vonderheid ist für sein Engagement in der MIT Hessen mit der goldenen Ehrennadel der MIT ausgezeichnet worden. Er ist seit 2001 als Beisitzer im Landesvorstand und konnte als Kreisvorsitzender MIT Bergstraße zusammen mit dem Kreisvorstand in den letzten acht Jahren die Mitgliederzahl auf über 70 verdoppeln.

**Paul Bödeker wird Ehrenmitglied**

Auf der Jahreshauptversammlung der MIT-Bremerhaven wurde dem langjährigen ehemaligen Landesvorsitzenden MdBB Paul Bödeker (Foto links) durch den Kreisvorsitzenden und stellv. Landesvorsitzenden Thomas Ventzke (Foto rechts) die Ehrenmitgliedschaft des Kreises überreicht. Seit 23 Jahren unterstützt er die MIT mit seinem selbstlosen Einsatz und Engagement in Bremerhaven und Bremen.

CDU –nanu?



Wie hat doch die CDU ihr Erscheinungsbild gewandelt? Der Schriftzug ist eigentlich (fast) wie immer, aber mit dem Sonnenblumensymbol der Grünen und mit Hammer und Sichel der Kommunisten auf Stimmenfang am linken Rand?

Einer unserer Leser entdeckte das (Wahl-) Plakat in Portugal, und die drei Buchstaben CDU stehen für „Coligacao Democratica Unitaria“ – offenbar ein grafisches Plagiat. Dabei handelt es sich um die „Vereinte Demokratische Koalition“ aus Kommunisten (PCP) und Grünen (PEV).

Die mit der CDU und CSU in der Europäischen Volkspartei (EVP) vereinten portugiesischen Schwesterparteien heißen PP (Partido Popular) und PSD (Partido Social Democrata).
G.K.

Kohl und Pinkel in Berlin

In diesem Jahr lud die MIT Reinickendorf mit ihrem Kreisvorsitzenden Ulrich Droske zum traditionellen Kohl- und Pinkel-Essen ein, der rund 100 Gäste folgten. Nach einem kurzen Spaziergang rund um den Heiligensee wurde es gemütlich. Der MIT-Landesvorsitzende Norbert Lehmann-Ehlert gab in kurzen Worten einen Einblick in die Aufgaben des neuen Landesvorstandes. Danach wurden beim deftigen und sehr schmackhaften Essen interessante Gespräche geführt und neue Kontakte geknüpft.

Die MU feierte ihren 60. Geburtstag

Zünftig bayerisch beging die Mittelstands-Union im Augustiner Keller im Herzen Münchens ihren 60. Geburtstag mit zahlreichen Gästen aus Wirtschaft, Handwerk, Politik und Verbänden. Der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer bezeichnete die MU als „ein starkes Stück CSU“, das zur Einzigartigkeit der Partei in Bayern beitrage. Die MU, ihre Mitglieder und Repräsentanten, an ihrer Spitze der Vorsitzende Hans Michelbach, MdB, seien „ordnungspolitische Tiefwurzler“ und zusammen mit den Mittelständlern im Lande die „Baumeister unserer Zukunft“. Mit großer Zufriedenheit nahmen die gut 400 Zuhörer Seehofers Versprechen auf, in Berlin keinen Koalitionsvertrag zu unterschreiben, der Steuererhöhungen vorsehe. Vielmehr plädierte er für Steuerenkungen in den Jahren 2011 und 2012, für Änderungen an der Erbschaftsteuer und für den niedrigen Steuersatz für die Gastronomie.

Hans Michelbach hatte zuvor die Entwicklung der Mittelstands-Union als „Erfolgsgeschichte ohne Beispiel“ und ihren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der CSU gewürdigt. Mit Blick auf die Bundestagswahl forderte er eine Revision auf zahlreichen Politikfeldern, damit der Mittelstand in Deutschland wieder eine Zukunft habe: „Es geht nicht, dass zu den großen Firmen der Bundesadler und zu den Kleinen der Pleitegeier kommt!“
G.K.



Foto: Markus Goetzfried

MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann gratulierte dem MU-Vorsitzenden Hans Michelbach zum Jubiläum seiner Vereinigung.



Foto: Markus Goetzfried

Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Horst Seehofer hielt beim MU-Jubiläum die Festansprache.

Sommer-Biwak des PKM



Zum 35. Mal lud der Parlamentskreis Mittelstand der Unionsbundestagsfraktion zu seinem traditionellen Sommer-Biwak in Berlin. PKM-Chef Dr. Michael Fuchs begrüßte rund 2.000 Gäste aus Wirtschaft, Medien und Politik, darunter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und den MIT-Vorsitzenden Dr. Josef Schlarmann.

Mittelstand funktioniert und packt die Krise

Eineinhalb Stunden im krachvollen Festzelt frei über die Krise reden – für einen alten Kämpen wie Lothar Späth (Foto links) kein Problem. Der 71-jährige Stuttgarter Ex-Ministerpräsident und Jenoptik-Sanierer schwor den Kurpfälzer Mittelstand auf die Grundsätze unternehmerischen Denkens ein: „Flexibilisierung, Entbürokratisierung, Steuersenkung“ - mehr brauche es demnach nicht, um am Ende gestärkt aus der Krise hervorzugehen. „Unsere Probleme haben eigentlich gar nichts mit der Krise zu tun“, so

das „Cleverle“. Aber „alles, was in unserem Land sowieso schon falsch lief, heißt jetzt plötzlich Krise“, analysierte der Schwabe die aktuelle Lage der Nation unter dem Beifall der rund 2.000 Besucher der Mittelstandskundgebung auf dem Maimarkt. Der MIT-Kreisvorsitzende in Mannheim, Bernd Kupfer (Foto rechts), unterstrich, dass Veränderungen dringend notwendig seien. Er rief die zahlreichen Besucher dazu auf, sich einzubringen und ihre Forderungen an die Politik deutlich zu formulieren.



MIT veranstaltet 2. Girls' Day

Der 2. Girls' Day, den die MIT Sankt Augustin mit den Realschulen Niederpleis und Menden, dem AEG-Gymnasium und Sankt Augustiner Betrieben durchgeführt hat, war ein voller Erfolg. Es ist gelungen, die Schnittstelle zwischen Schulen und lokalen Betrieben weiter zu stärken. 16 Praktikumsplätze konnten an

Mädchen vermittelt werden. „Wir freuen uns über den steigenden Zuspruch“ so der Vorsitzende der MIT, Herbert Montexier. „Trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten können wir hier vor Ort etwas bewegen, Unternehmen und Schulen einander näher bringen und jungen Menschen Hoffnung geben.“



Neuer MIT-Landesvorsitzender Niedersachsen

Der selbstständige Unternehmer Werner Lübbe ist neuer MIT-Landesvorsitzender in Niedersachsen. Er folgt damit Dr. Josef Schlarmann, welcher der MIT Niedersachsen acht Jahre lang vorstand und seit 2005 den MIT-Bundesverband führt. Schlarmann wurde zum Ehrenvorsitzenden der MIT Niedersachsen gewählt. Ute Claus, Dr. Andreas Grisar, Sabine Kleinke und Hartmut Valentin wurden zu stellvertretenden Landesvorsitzenden und Hermann Hesse erneut zum Landesschatzmeister gewählt. Weitere 17 Beisitzer komplettieren den neuen Landesvorstand.



Dem Mittelstand verbunden (v.l.n.r.): Werner Lübbe, Franz Grimme (mittelständischer Unternehmer aus Damme) und Josef Schlarmann.

Wie kommt die Kuh vom Eis?

„Noch in diesem Jahr werden wir die Rezession hinter uns lassen.“ So überzeugt zeigte sich Dr. Holger Bahr, Leiter des Bereichs Volkswirtschaft der Deka-Bank, bei der Auftaktveranstaltung der Reihe „Unternehmer im Dialog“ der MIT Main-Tauber. MIT-Vorsitzender Andreas Jouaux hatte zur Veranstaltung unter dem Titel „Wie kommt die Kuh vom Eis?“ Strategien aus der Wirtschafts-

krise“ eingeladen und konnte 110 Gäste begrüßen. Gemeinsam diskutierte man, dass man an den Folgen der Krise noch schwer tragen werden muss. Allerdings würden die weltweiten Konjunkturprogramme, die Bankenrettungsschirme, der Rohstoffpreis-Rückgang und die schnelle Reaktion der Zentralbank auch einen Teil dazu beitragen, dass sich Konjunktur und Finanzmärkte stabilisieren.

Die Zitate auf Seite 22 stammen von

1. Schweizer Privatbankiers Wegelin & Co, Anlagekommentar vom 11.5.2009
2. Bill Gates
3. Bert Brecht, Dreigroschenoper

← Die MIT überreicht die Teilnahmebestätigung an die jungen Teilnehmerinnen des Girls' Day 2009.

Mittelstand nicht aus dem Blick verlieren

Der Einladung der Mittelstands-Union zum zweiten Mittelstandsforum in Weilheim waren zahlreiche Unternehmer und Mittelständler der Region gefolgt. Zu den besonderen Gästen gehörten Generalsekretär Alexander Dobrindt, MU-Landesvorstandsmitglied Klaus-Dieter Breitschwert, MdL, Europaparlamentarierin Dr. Angela Niebler und Renate Dodell, MdL, KfW-Direktor Dr. Stefan Breuer und IHK-Vizepräsidentin Heidrun Brugger. Generalsekretär Dobrindt unterstrich in der Einführungsrunde die Bedeutung des Mittelstands als „Herz der Wirtschaft“. Die Politik müsse den kleinen und mittelständischen Betrieben die gleiche Aufmerksamkeit aufbringen wie den großen Unter-

nehmen. Der CSU-Generalsekretär mahnte auch die dringende Nachbesserung der Unternehmens- und Erbschaftssteuer an. Der Übergang in die nächste Generation sei damit nicht gesichert.

Eines der größten Probleme des Mittelstands sei die Fremdfinanzierung. Ein wesentliches Hindernis bei der Kreditvergabe seien die Rating-Systeme. Hier müssten, laut Dobrindt, die Geldinstitute wieder mehr zu einer menschlichen Betrachtung zurückkehren und sich nicht nur auf automatisierte Ratingverfahren verlassen. In die gleiche Kerbe schlug die IHK-Vizepräsidentin Heidrun Brugger, die vor allem auch den langen Genehmigungszeitraum der KfW kritisierte.



CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt (Foto Mitte) mit Gästen des Mittelstandsforums der MU.

MU zu Besuch beim Mittelstand vor Ort

Auf Einladung der Scheiffele-Schmiederer KG kamen Markus Ferber, MdEP, der Oberbürgermeister von Dillingen, Frank Kunz (Bundestagsdirektkandidat der nordschwäbischen CSU), Ulrich Lange und Xaver Abele (MU-Kreisvorsitzender von Dillingen) mit Mitgliedern der Mittelstandsunion Dillingen zu einer Betriebsbesichtigung. Die Gäste wurden von den Gesellschaftern Karl Schmiederer sen. und Karl Schmiederer jun.

begrüßt. Das seit mehr als 165 Jahre bestehende Unternehmen Scheiffele-Schmiederer gehört mit fünf Standorten in Bayern zu den größten Fachanbietern im Bereich Holz. In der nach der Betriebsbesichtigung geführten Diskussion wurden unter anderem die überzogene Bürokratie und die unterschiedliche Anwendung der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie in Europa kritisiert.



MU vor Ort (v.l.n.r. erste Reihe): Karl Schmiederer jun., Frank Kunz, Karl Schmiederer sen., Markus Ferber, Ulrich Lange, Xaver Abele und Paul Eberle zusammen mit Mitgliedern der Mittelstandsunion.

Perspektiven des Mittelstandes in der Wirtschaftskrise

Zur Kreisvorsitzendenkonferenz der Mittelstands-Union kamen der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, MdB, und der bayrische Finanzminister Georg Fahrenschon, um mit den MU-Kreisvorsitzenden über die Perspektiven des Mittelstandes in der Wirtschaftskrise und notwendige Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu diskutieren. Fahrenschon forderte eine schnelle Korrektur des Steuerrechts, damit es nicht krisenverschärfend wirkt. Vor allem müssten die Fehler der jüngsten Unternehmenssteuerreform beseitigt werden.

Die Kreisvorsitzendenkonferenz

verabschiedete ein 7-Punkte-Papier mit Empfehlungen zur Steuer-, Bildungs- und Technologiepolitik. In der Steuerpolitik bekräftigte die Mittelstands-Union ihre Forderung nach Abschaffung der Erbschaftsteuer. Gerade die derzeitige Wachstumskrise zeige, dass die Ergebnisse der jüngsten Reform unzureichend seien. Mittelständler würden gegenwärtig im Erbfall für ihr Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihren Mitarbeitern durch das Erbschaftsteuerrecht bestraft, kritisierte der MU-Vorsitzende Dr. Hans Michelbach, MdB.



MU-Kreisvorsitzendenkonferenz war gut besucht (v.l.n.r.): Klaus Dieter Breitschwert (PKM-Vorsitzender), Parl. StS Dagmar Wöhr, MdB, Dr. Hans Michelbach, MdB, StM Georg Fahrenschon, Alexander Radwan, MdL.

MU sticht gegen EU-Bürokraten

Die Mittelstand-Union Hof-Stadt und Hof-Land luden zusammen mit dem CSU-Kreisverband Stadt und Landkreis Hof sowie dem CSU-Ortsverband Münchenberg zu einer Europakonferenz ein. In seiner Eingangsrede forderte der MU-Kreisvorsitzende Reinhard Giegold mit Blick auf die Reduktion der überbordenden Bürokratie die Vereinfachung des Steuersystems und eine Überprüfung der Sinnhaftigkeit von Statistiken. Insgesamt solle sich eine

vernünftige Wirtschaftspolitik zwischen den Polen Freiheit, Transparenz und Wettbewerb bewegen, wie es der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans-Peter Friedrich in seinem Grußwort formulierte. Was den Bürokratie-Abbau betrifft, fand die MU-Basis in Monika Hohlmeier, MdEP, eine selbstkritische Befürworterin. Gleichzeitig ermahnte sie auch die Bayerische Staatsregierung, dass gerade in Bayern die EU-Verordnungen oftmals übererfüllt würden.

Der Bürokratieflyt aus Brüssel muss Einhalt geboten werden (v.l.n.r.): Hans-Peter Friedrich, MdB, Bernd Schütze (MU-Vorstand), Christian Herpich (Kreishandwerksmeister), Dieter Junghanns (MU-Vorstand), Monika Hohlmeier MdEP, Reinhard Giegold und Dr. Andreas Rat (MU-Vorstand).



BAUSTELLE BERLIN



Liebe MIT-Streiter,

auch wir in Berlin haben mittlerweile zwar Sommer, aber keine Pause. Denn dieses Jahr ist alles anders, meinte kürzlich ein Kollege aus dem Mitarbeiterstab der Fraktion am Ende der letzten, hektischen Sitzungswoche Anfang Juli. Denn vor der Bundestagswahl am 27. September finden noch zwei Sondersitzungen des Parlaments und zahlreiche vorbereitende Arbeitskreis- und Ausschusssitzungen statt. Für die Abgeordneten eine Doppelbelastung zwischen dem Wahlkampf daheim und der Präsenzpflicht in der Hauptstadt.

Das alles lässt sich angesichts der positiven demoskopischen Lage der Union leichter ertragen, denn wenn man sich auf der Siegesstraße wähnt, wird der Gang lockerer und beschwingter. Zur Zeit haben FDP und Union eine knappe Mehrheit vor dem linken und grünen Lager. Doch Vorsicht ist geboten. Vor vier Jahren, auch etwa acht Wochen vor der Wahl, lag die Union deutlich vor der SPD, etwa im Verhältnis 49 zu 28. Wir wissen alle, wie es ausging: Am Wahlabend stand es 35 zu 34 für die CDU – eine Riesenenttäuschung!

Heute ist die Ausgangslage zwar eine andere, aber dennoch können uns die zur Zeit gemessenen 37, 38 oder 39 Prozent für die Union nicht vom Hocker reißen. Die Zustimmung bei den Leistungsträgern hält sich in Grenzen. Zu tief sitzt noch die Enttäuschung über Entscheidungen der großen Koalition bei der Erbschaftsteuer,

der Einkommen- und Gewerbesteuer, beim mangelnden Bürokratieabbau, bei den ausgebliebenen Reformen am Arbeitsmarkt und bei vielen Dingen mehr.

Hier richtet sich jetzt unser aller Hoffnung auf eine Koalition aus Union und FDP, auf einen Neuanfang mit zahlreichen Korrekturen an Gesetzen aus den letzten vier Jahren, auf eine Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Die Chance ist da.

Doch Vorsicht: CDU-Wähler, die ihre Stimmen splitten oder sogar beide der FDP geben, spielen mit dem Feuer. Die Gefahr, dass es am Ende für beide nicht zum Sieg langt, ist gegeben – dann klappt es mit der bürgerlichen Koalition zum dritten Mal hintereinander nicht!

Das Regierungsprogramm von CDU und CSU enthält zahlreiche konkrete Zusagen für den Mittelstand: von der Abschaffung der kalten Progression über Änderungen an der Unternehmen- und Erbschaftsteuer bis hin zum Verzicht auf Steuererhöhungen. Und wir haben das Wort der Kanzlerin, keine neue Koalition mit der SPD mehr einzugehen. Das sind gute Angebote an alle, die in den letzten Jahren aus unseren Kreisen an der Union gezweifelt haben.

Denn eines ist doch klar: Wenn es abermals eine rechnerische Mehrheit im Bundestag für rot-rot-grün geben sollte, wird sich eine neue Politikergeneration bei den Sozialdemokraten nach einer gewissen Schamfrist nicht lange zieren, sich aus einer anfänglichen großen Koalition zu lösen und schnellstens die Partner zu wechseln. Ypsilanti lässt grüßen.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag und Redaktion

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion

Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 03212 / 103 39 25
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Pitopia

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 040 / 69 79 59 15, Fax 040 / 61 13 61 83
Gültige Anzeigenpreisliste vom 1. 1. 2009

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer. Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



IVW geprüft

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

*Unseren Lesern verpflichtet –
und Ludwig Erhard*



- ▶ aktuell und informativ
- ▶ hintergründig
- ▶ meinungsfreudig
- ▶ zielgruppenorientiert

Unsere Leser:

mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com

E-Mail: info@mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.

Auflage: 40.500 pro Ausgabe,

durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

Im Herzen des deutschen Weinbaus

Flusskreuzfahrt auf Rhein, Main und Mosel
mit der A-ROSA AQUA vom 26.9. bis 3.10.2009

Köln · Cochem · Traben-Trarbach · Koblenz · Mainz · Frankfurt · Rudesheim · Bingen · Boppard · Köln

Begleitung durch ein
**Kaffee
oder Tee** -Team

Das leuchtende Weinlaub der Weinberge begleitet Sie, wenn Sie mit der A-ROSA AQUA auf den verschlungenen Wasserwegen von Rhein, Main und Mosel dahingleiten. Die heiterbeschwingte Lebensart in den berühmten Weinanbaugebieten lässt sich nirgends besser verstehen, als auf einer Reise vorbei an romantischen Städtchen mit reizvollen Fachwerkhäusern, an Burgen und Schlössern, die den Reisenden von ihrer majestätischen Höhe herab grüßen.

Auf dieser besonderen Flusskreuzfahrt begleitet Sie ein Fernsehteam der beliebten Unterhaltungssendung „Kaffee oder Tee?“ des SWR. Die bekannten Gesichter aus der täglichen Ratgebersendung informieren Sie auch an Bord zu den Themen Hobby, Reisen, Haus und Garten oder Kochen.

Eingeschlossene Leistungen

- Bahnfahrt 2. Klasse von allen deutschen Bahnhöfen nach Köln und zurück inklusive Sitzplatzreservierung
- Bustransfer vom Bahnhof zum Schiff und zurück für bestimmte Züge
- Flussreise in der gebuchten Kabinenkategorie
- Hafengebühren
- Vollpension an Bord
- Mineralwasser zu den Hauptmahlzeiten
- Nutzung der Bordeinrichtungen (SPA, Sauna)
- Unterhaltungsprogramme an Bord
- Exklusiver Ausflug zum Gelände der Landesgartenschau in Bingen
- Begleitung durch ein „Kaffee oder Tee“-Team
- Ausgewähltes „Kaffee oder Tee“-Programm
- TUI LT Special Tours-Reiseleitung
- Insolvenzversicherung



Reisepreis pro Person ab

€ 999,-

(Außenkabine, Kat. S)

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.
Rufen Sie noch heute an! Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 - 322 68 80
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

 **TUI Leisure Travel Special Tours**

Wachtstraße 17-24, 28195 Bremen
Fax 04 21 - 3 22 68 38